

57. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Wintersession 2025

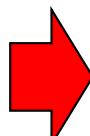
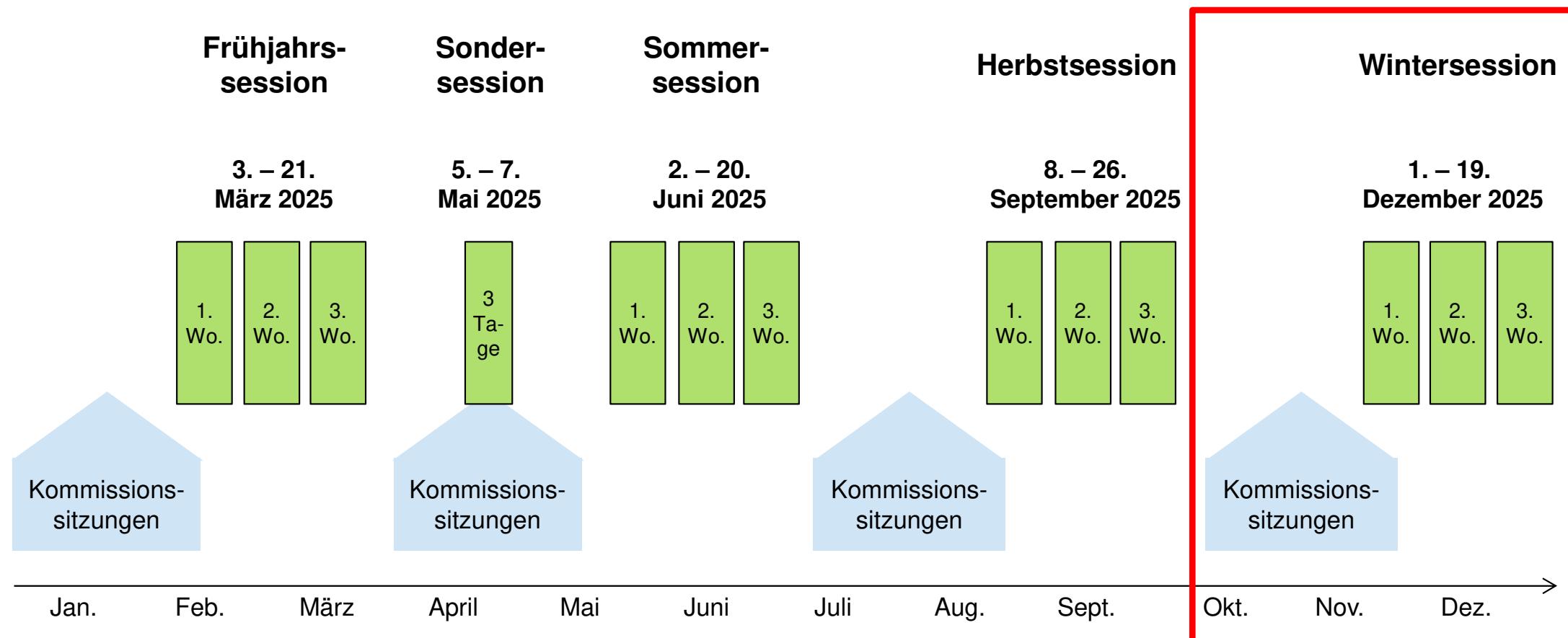


-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
3. Besuch im Bundeshaus
4. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Wintersession und andere wichtige politische Entwicklungen



Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.

Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Anreise für Parlamentarier mit langem Anreiseweg (Graubünden, Tessin usw.)	7 Uhr Ev. Komm.-Sitzung	7 Uhr Ev. Komm.-Sitzung	7 Uhr Ev. Komm.-Sitzung	8 – 10 Uhr (nur 3. Sessionswoche)
	8 – 13 Uhr Nationalratssitzung	8 – 13 Uhr Nationalratssitzung	8 – 13 Uhr Nationalratssitzung	Nationalratssitzung
	Mittagspause	Mittagspause	Mittagspause	
14:30 – 19 Uhr (gelegentlich Abendsitzung bis 21 Uhr)	14:45 – 17:30 Uhr Fraktionssitzungen	15 – 19 Uhr Nationalratssitzung	15 – 19 Uhr (nur 3. Sessionswoche)	
Nationalratssitzung	Anschliessend: Abendessen, sowie Vorbereitung für nächsten Sessionstag	Anschliessend: Abendessen, sowie Vorbereitung für nächsten Sessionstag	Nationalratssitzung	Anschliessend: Abendessen, sowie Vorbereitung für nächsten Sessionstag

Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die GLP und die SP



Quelle: www.parlament.ch

Stärke der Fraktionen im Nationalrat

SVP:	67
SP:	41
Die Mitte:	31
FDP:	28
Grüne:	23
GLP:	10

8 Stimmenzähler

Präsident (SVP)

1. Vizepräsidentin (GLP)

2. Vizepräsidentin (SP)

Der Ständerat wird durch einen Vertreter der Mitte präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SVP und die SP



Stärke der Fraktionen im Ständerat

Die Mitte:	15
FDP:	12
SP:	8
SVP:	7
Grüne:	3
GLP:	1



Ersatz-Stimmenzähler (Mitte)

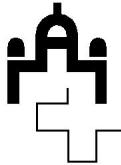
Stimmenzähler (FDP)

2. Vizepräsidentin (SP)

1. Vizepräsident (SVP)

Präsident (Mitte)

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 - 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten
-



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Session und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Glanzvolle Wahl von Bundespräsident Guy Parmelin und Nationalratspräsident Pierre-André Page
- 2 EU-Unterwerfungsvertrag (Paket Schweiz-EU)
- 3 Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026)
- 4 Voranschlag 2026 (25.041) und Nachtrag II zum Voranschlag 2025 (25.042)
- 5 Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässse Lösung (21.403)
- 6 Kriegsmaterialgesetz. Änderung (25.024; 23.403)
- 7 Neue Ausschreibung für die UKW-Funkkonzessionen ab 1. Januar 2027 (25.3950)
- 8 Ernährungsinitiative resp. «Vegan-Initiative» (25.067)
- 9 Abschüsse von Wölfen in Jagdbanngebieten (25.3715) und Abschuss von Problemwölfen (25.3549)
- 10 Investitionsprüfgesetz (23.086)
- 11 Feuerwerks-Initiative und indirekter Gegenentwurf (24.080; 25.402)
- 12 Diverse weitere Geschäfte

Sowohl Bundespräsident Guy Parmelin als auch Nationalratspräsident Pierre-André Page wurden mit Glanzresultaten gewählt

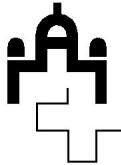


Guy Parmelin (in der Mitte) posiert nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten mit den SVP-Nationalräten Sylvain Freymond, Céline Arnaudruz und Thomas Aeschli (v. l.). Bild: Keystone



Glanzvolle Wahl und Zolldeal: Parmelin triumphiert doppelt

Der Wirtschaftsminister startet mit Rückenwind in sein Präsidialjahr.



Trotz breiter Kritik am EU-Unterwerfungsvertrag will der Bundesrat das Geschäft am 13. März 2026 ans Parlament überweisen

Hilft die Umbenennung, den EU-Deal dem Volk schmackhaft zu machen?

Jetzt spricht der Bundesrat offiziell von den Bilateralen III

Das Jahr 2026 wirft schon in Dezember seine Schärten vor. Im kommenden Jahr wird das Parlament über den EU-Deal entscheiden. Gestern Freitag trat Aussenminister Ignazio Cassis (64, FDP) vor die Medien. Der Bundesrat hätte die Parteien, Verbände und Privatpersonen im Rahmen der Vernehmlassung um ihre Meinung zum EU-Deal gebeten. **Diese seien mehrheitlich positiv gewesen, so der Bundesrat.** Eine Mehrheit befürwortete den Deal. Dennoch will er Anpassungen machen. Das sind die fünf wichtigsten Punkte:

Beim Lohnschutz gibt es Krach. Die Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten 13 Massnahmen vereinbart, um den Lohnschutz zu stärken. Der Bundesrat hatte noch eine 14. Massnahme hinzugefügt, um den Gewerkschaften entgegen zu treten. Am Samstag, 6. Dezember 2025

Kampf um Lohnschutz spitzt sich zu

Nach der Vernehmlassung zu den EU-Verträgen zieht der Bundesrat eine positive Bilanz – mit Abstrichen

FABIAN SCHÄFER, BERN, MATTHIAS VENETZ, BERN

Kampfduktus tritt Aussenminister Ignazio Cassis sein wichtigstes Projekt voran: die neuen Abkommen mit der EU, die im bilateralen Verhältnis wieder für geregelte Beziehungen sorgen sollen. Nach der Bundesversammlung vom Freitag hat Cassis gemeinsam mit den beteiligten Staatssekretären und Amtschefs das weitere Vorgehen erklärt. Die wichtigsten Punkte:

Lohnschutz: Gelingt ein Deal mit den Gewerkschaften?
In den vergangenen Wochen stand das Thema Lohnschutz im Schatten der Debatten über die Zuwanderung und die grundsätzlichen Fragen rund um die Rechtsübernahme. Das dürfte sich bald ändern. Denn der vermeintliche Schulterschluss mit den Gewerkschaften, die lange mit Widerstand gedroht hatten, ist nun geschafft. Der Bundesrat hat die Vermittlung des Bundes mit den Arbeitgebern auf einen Kompromiss geeinigt, der 13 Massnahmen umfasst.

Die Gewerkschaften verlangen aber zusätzlich eine 14. Massnahme, die die Wettbewerbsfähigkeit eines Arbeits- und Kindergeldschutzes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. In der Vernehmlassung sprach sich eine Mehrheit gegen diesen Vorschlag aus. Trotzdem hält der Bundesrat fest, weil er «unentbehrlich» sei.

Jetzt gilt es, das Volk zu überzeugen

Kommentar auf Seite 22

TA / 22. Dez. 2025



Schweiz

Neue Zürcher Zeitung



Trotz Annäherung wird es noch etwas dauern, bis sich die Schweiz und die EU ganz einig sind.

Staatsabkommen: Sind die Konzessionen sicher?
Weiter: Kritikpunkte betreffen die Konzessionen des Staatstrakts. Insbesondere der Bundesrat zieht sich in den Verhandlungen zurück, zog er sich scharfe Kritik der Branche zu («abard bürokratisch»). Nun will er verschiedene Regulierungen für die Grundversorger «wo sinnvoll abzubauen».

Weitere Kritikpunkte betreffen die Konzessionen des Staatstrakts. Insbesondere der Bundesrat zieht sich in den Verhandlungen zurück, zog er sich scharfe Kritik der Branche zu («abard bürokratisch»). Nun will er verschiedene Regulierungen für die Grundversorger «wo sinnvoll abzubauen».

Weitere Änderungen betreffen Fragen von Staatsbeihilfen bis zur Finanzierung



BILATERALE III

Jetzt macht auch noch der Bundesrat auf Populismus

Es ist mehr als nur ein Wort. Am Freitag hat der Bundesrat das neue Vertragspaket mit der EU neben seinem sperrigen Titel zusätzlich als «Bilaterale III» etikettiert. Dahinter steckt Kalkül: Die Namen «Bilaterale I» und «Bilaterale II» sind positiv besetzt, sie stehen für Wachstum und Rechtsicherheit und wurden deutlich angenommen. Die neuen Verträge aber gehen weiter; die EU drängt seit Jahren auf eine institutionell verbindlichere Form der Zusammenarbeit und hält den bisherigen bilateralen Weg für unzureichend.

Der Bundesrat betreibt mit dem neuen Namen Politmarketing – eine Technik, die sonst vor allem Parteien anwenden: Die Juso sprach bei der letzten Abstimmung von einer «Zukunftsinitiative», Gegner von einer «Enteignungsinitiative»; die SVP nennt ihre Vorlage zur 10-Millionen-Schweiz «Nachhaltigkeitsinitiative», Kritiker reden von einer «Abschottungsinitiative». Solches Framing ist für Politkampagnen normal. Parteien kämpfen damit um die Deutungshoheit, erzeugen Bilder und Emotionen. Für die Regierung jedoch gilt ein anderer Massstab. Sie muss Populismus meiden, will sie glaubwürdig bleiben.

René Donzé

Über 300 Reaktionen zum EU-Paket, die Mehrheit po

Vernehmlassung Der Bundesrat hat diverse Punkte der neuen EU-Verträge zu reden. Zu reden gibt ein Konflikt zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften.

Markus Probstfeld und Larissa Rhyn

bei der Frage «keinen Spielraum». Er sagt: «Wenn die Arbeitgeber, die Wirtschaftsverbände und die Bürgerliche Parteien dieser Ideen Klarstellungen forderten oder Kritik an einzelnen Punkten anmeldeten, dann halten sie den Eindruck der bilateralen Verträge offenbar nicht für so wichtig, wie sie immer behaupten.»

Staatssekretärin Budliger ruft die

noch plant der Bundesrat in diversen Bereichen Anpassungen, weil etwa Parteien oder Konservative Klarstellungen forderten oder Kritik an einzelnen Punkten anmeldeten. Die Übersicht: → Dynamische Rechtsübereinstimmung: Das Parlament soll rechtmäßig erfahren, welche neuen Regulierungen bei der EU unterwegs sind, um sich dann in die Beratungen einzbringen zu können. Dazu sollen auch alle relevanten Dokumente veröffentlicht

zur. Ma das ein Deshalb schiede rend de nen die 100 Prc Einflus Stot weitlde wie kön die viel t Rückerei sorgung

In der Wintersession fielen wichtige Entscheide im EU-Dossier: Das «Paket Schweiz-EU» wird im ordentlichen Verfahren beraten

EU-Turbos von FDP und Links-Grün wollten diesen Knebelvertrag, der die Unabhängigkeit des Landes, die demokratischen Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus missachtet, im Rekordtempo durchs Parlament peitschen, damit eine allfällige Volksabstimmung zwingend noch vor den eidg. Wahlen vom 24. Oktober 2027 stattfindet. Dieser Plan ist vorerst gescheitert.

Erstrat und Aufteilung Paket:

- Das gesamte Vertragspaket wird dem Ständerat als Erstrat zur Beratung zugewiesen. Auf eine Aufteilung des Pakets wird verzichtet.

Zeitplan:

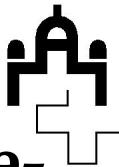
- Eine maximale Dauer für die Kommissionsberatungen wird nicht festgelegt.

Beratung des «institutionellen Teils»:

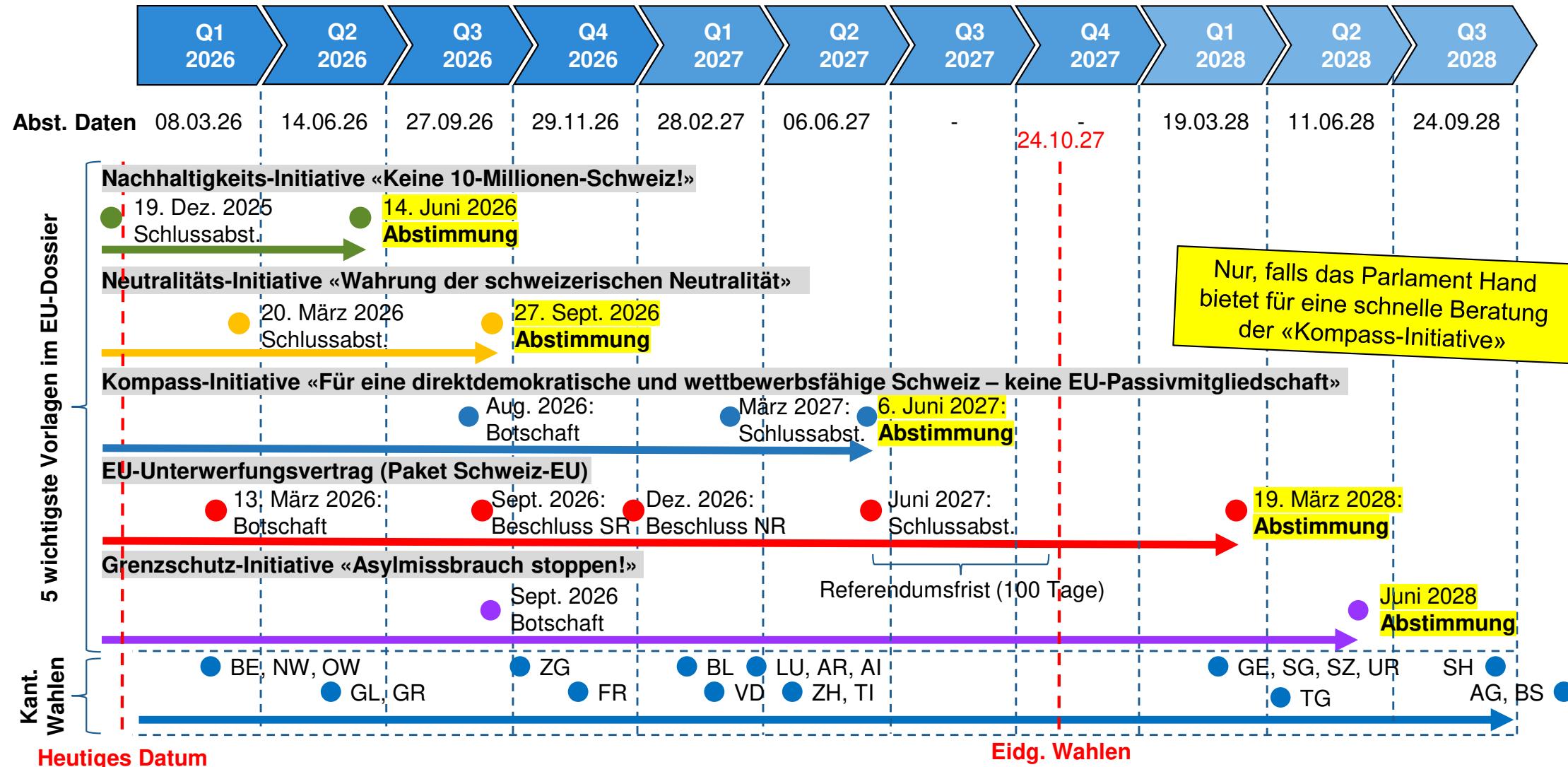
- Die Federführung für den «institutionellen Teil» obliegt der Aussenpolitischen Kommission (**APK**).
- Folgende Sachbereichskommissionen haben eine weitergehende Rolle: Staatspolitische Kommission (**SPK**): Referendumsfrage, Personenfreizügigkeit/Zuwanderung, Schutzklausel, Änderung Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG); Kommission für Wirtschaft und Abgaben (**WAK**): Beihilfeüberwachungsgesetz (BHÜG) und Änderung Entsendgesetz (Lohnschutz); Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (**WBK**): Anerkennung von Berufsqualifikationen (BGVB); Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (**KVF**): Landverkehrsabkommen und Luftverkehrsabkommen.
- Einzelanträge von Fraktionen oder einzelnen Ratsmitgliedern sind immer zugelassen.

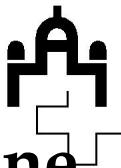
Beratung der «neuen» Abkommen:

- Die drei neuen Abkommen werden den Sachbereichskommissionen zugeteilt, d.h. das **Stromabkommen** wird durch die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (**UREK**) beraten, das **Gesundheitsabkommen** wird durch die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (**SGK**) beraten und das **Lebensmittelsicherheitsabkommen** wird durch die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (**WBK**) beraten.



Die anderen Parteien wollen den EU-Unterwerfungsvertrag unbedingt noch vor den eidgenössischen Wahlen an die Urne bringen





Sowohl Nationalrat als auch Ständerat lehnen die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab: Am 14. Juni 2026 entscheidet das Volk

Nachhaltigkeits-Initiative

Keine 10-Millionen-Schweiz!

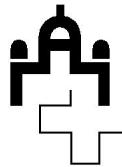


Infolge der unkontrollierten Einwanderung in unser Land droht uns demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Nach dem Zustrom von netto 180'000 Personen im letzten Jahr (2022) – was der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt entspricht – muss jetzt endlich gehandelt werden, weil eine 10-Millionen-Schweiz unsere Infrastruktur überfordert, unsere Gesundheitsversorgung und die schweizerischen Sozialversicherungen überlastet, unsere Natur zerstört und die Mieten noch mehr in die Höhe treibt.

Da die Politiker in Bern nichts unternehmen, muss jetzt die Bevölkerung handeln. Unterschreiben auch Sie unsere Volksinitiative und sagen Sie ...

- JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, unbremsten Zuwanderung.
- JA zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet.
- JA zum Schutz der Umwelt und der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

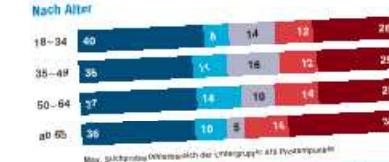
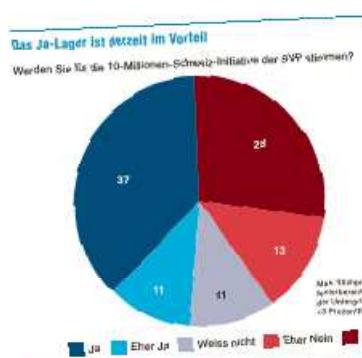




Die angebliche «Schutzklausel» ist gem. EU-Stimmen nutzlos. Es braucht jetzt ein Ja zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»!

Knappe Mehrheit spricht sich für 10-Millionen-Schweiz-Initiative aus

Exklusive Umfrage Mehr als acht von zehn SVP-Wählern sind für die Vorlage, jene von SP, Grünen und GLP ebenso klar dagegen. Entscheiden werden die Abstimmung die Anhänger von FDP und Mitte.



Weihnachten für die SVP

Keine Abstimmung ist 2026 wichtiger als jene über die 10-Millionen-Schweiz. Doch die Stimmung im Nein-Lager ist schlecht. Die Mitte-Politiker zeigen wenig Lust, sich zu engagieren, was wiederum die Freisinnigen nervt. Von Ladina Triaca

Dster Heglin, 64, Mitte-Ständerat aus dem Kanton Zug, sitzt auf einem Sofa im Bundeshaus. «Ich bin konstan-

«Die Schutzklausel wird kaum ausgelöst»

Zur Aktivierung der Schutzklausel braucht es in gewissen Branchen eine Arbeitslosigkeit von über 50 Prozent, sagt der deutsche Abgeordnete Andreas Schwab. Er rechnet nicht damit, dass dies bald eintreffen wird. Interview: Daniel Foppa, Georg Humber

ANDREAS SCHWAB
präsidiert die Delegation des EU-Parlaments für die Schweiz.
Schwab stammt aus Rottweil und ist seit 2004 Europa-abgeordneter für die deutsche Christdemokraten (CDU).



«Das es Widerstand gibt, ist völlig natürlich»: Europaabgeordneter Andreas Schwab

Bel einem Freihandelsabkommen fehlt die dynamische Rechtsübernahme weg. In der neuen Verträge ist sie drin. Können Sie verstehen, dass das für viele hektisch ist?

Die Schweiz übernimmt ja bereits heute europäisches Recht, deshalb überrascht mich die Frage etwas.

Sie übernimmt es freiwillig durch den automatischen Rechtsvollzug. Neu wären wir quasi dazu gezwungen - sagen wir Nein, gibt es Ausgleichsmassnahmen.

Ich finde diese Diskussion ein wenig anstrengend, weil damit der Eindruck erweckt wird, wir bei der Rechtsübernahme von nun an handeln gehen. Dieses Übernehmen von europäischem Recht gilt es zu verstehen, es erfordert sehr gut. Dank der Übernahme können Schweizer Betriebe in der EU ohne Wettbewerbsnachteile wirtschaften. Es mag sein, dass in Zukunft bei der Rechtsübernahme fast ein Bereich dabei sein wird, der ein wenig hektisch ist. Aber das Prinzip ist nicht neu, wie das oft suggeriert wird.

Der Rat wird die Gesetzgebungscompetenz des Parlaments bei den meisten Verträgen auf einen Vertreter zurückgestuft. Sie selber sind Europaparlamentarier; tut Ihnen das nicht weh?

Die Unabhängigkeit des Abgeordneten ist das Hochstift in einer Demokratie. Darum muss das schweizer Parlament die verschiedenen Argumente am Schalter gegenläufig abwägen. Neu wird die Schweiz ja auch in die Ausarbeitung der entsprechenden EU-Rechtsakte eingebunden.

Bei diesem «decision making» kann die Schweiz nicht mischen, sondern nur ihre Sicht der Dinge vorbringen. Es ist illustreich, zu glauben, dass die Schweiz da gegenüber den 27 Mitgliedstaaten etwas vorzuschreiben kann.

Die Schweiz kann etwas treiben, das hat auch zum Beispiel im Schengen-Bereich gezeigt. Ihre Argumente werden nicht einfach ignoriert. Die Schweiz ist zudem eingebettet in grenzüberschreitende wirtschaftliche Situationen, wo die Vertreter aus Deutschland, Italien, Frankreich und Österreich oft mit ihr an einem Strick ziehen.

Es ist möglich, dass das Parlament das Vertragspaket aufschlüsselt und es mehrere Volksabstimmungen gibt. Das führt zu Kritik aus Kreisen, Eliten paket für Swisscom.

INTERVIEW: DANIEL FOPPA, GEORG HUMBER

Einzelne Wähler: Die Mitte wirft dem Freisinn vor, sie beim Gegenvorschlag im Stich gelassen zu haben. Die FDP schreibt, die Mitte wolle sich bei rechten Wählern anstellen. Über dem Streit schwiebt dabei immer die Frage, welche Partei nach den Wahlen 2027 zwei Sitze im Bundesrat besetzen darf und welche nur einen.

Erschwerend kommt für die Gegner hinzu, dass mit Justizminister Beat Jans ein SP-Bundesrat gegen die Initiative kämpft. Er wird unentschlossene bürgerliche Wähler kaum überzeugen können. Jans hat bereits angekündigt, dass sich auch andere Bundesrätsmitglieder «aktiv eingeschalten» würden. Ob das reicht?

Linke machen sich Sorgen

Für die Kampagne bleiben den Gegnern sechs Monate Zeit. Bereits entschieden ist, dass die FDP bei der bürgerlichen Gegenkampagne die Führung übernimmt. Sie arbeitet eng mit dem Wirtschaftsverbund Econowatch zusammen, der einen hohen Betrag in die Kampagne investiert. Im Moment läuft die Suche nach einer geeigneten Kampagnenagentur. «Unser Vorhab ist die Kampagne gegen die Erforschungsteuerinitiative der Juso», sagt der FDP-Politiker Michel Ahmlich, wie damals sollen nach diesem Mal prominent Unternehmer und Gewerbetreibende auftreten.

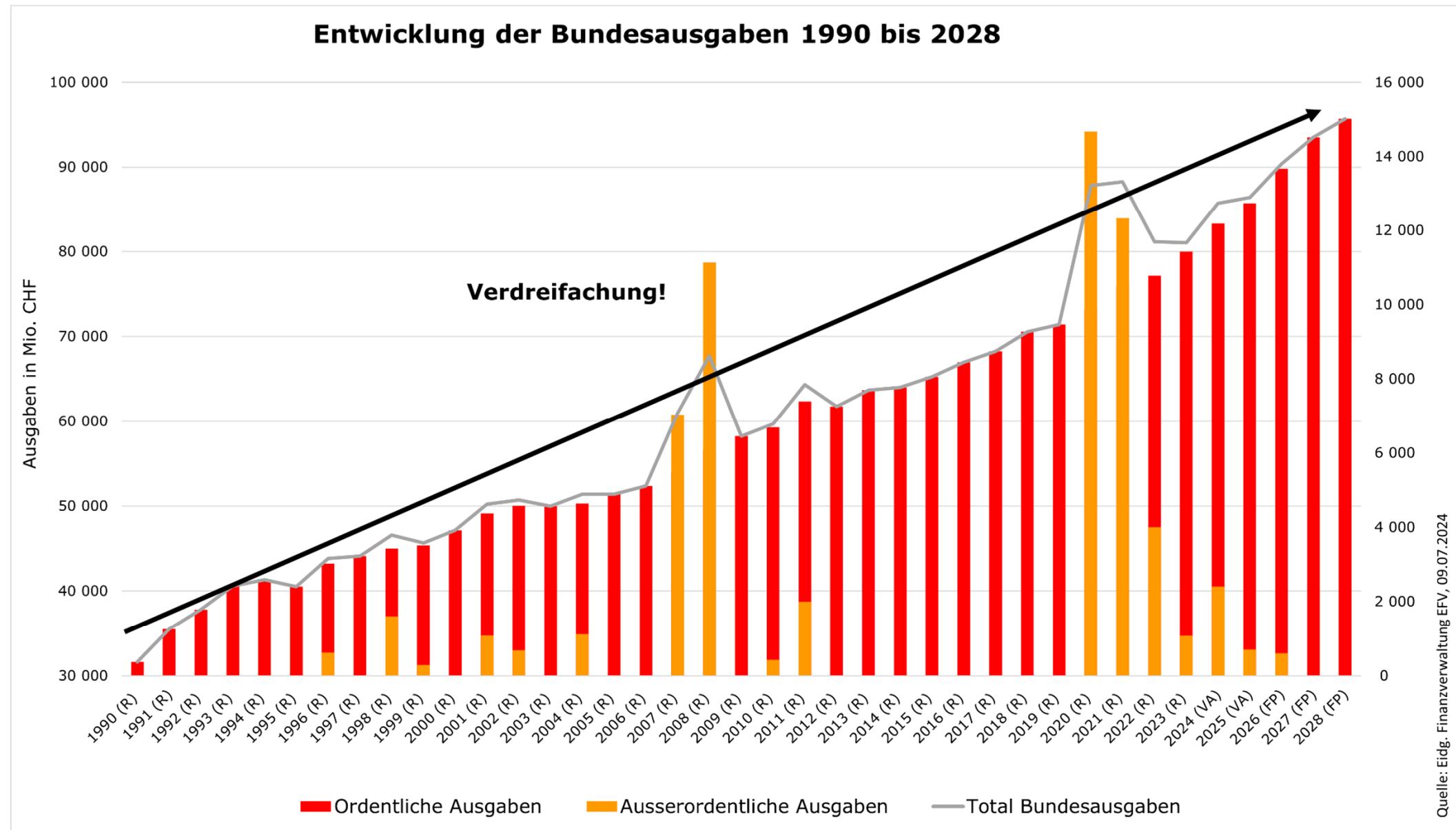
Auch die Linke plant eine Gegenkampagne. Sowohl die SP als auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund wollen eigene Plakate, Flyer und Zeitschriften drucken. Allerdings ist auch linken Vorträgen das Zerwürfnis in der Mitte aufgefallen. Sie beobachten es mit Sorge. Eigentlich wollten sie in einer geistigen Allianz in den Ab-

Erschwerend kommt dazu, dass mit Beat Jans ein SP-Bundesrat gegen die Initiative kämpft.

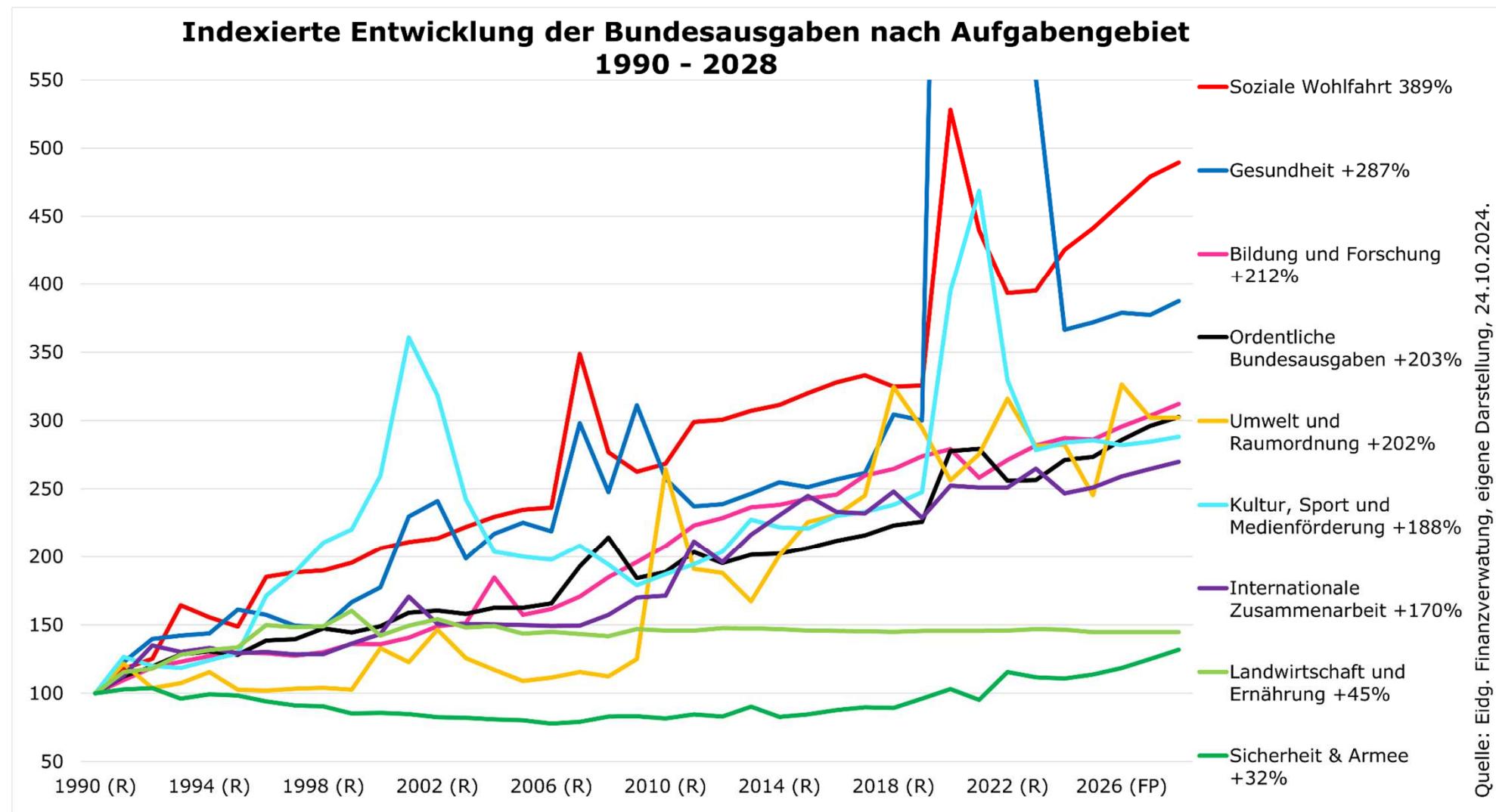
Die Initiative bekämpfen, genauso gegen die SVP. Doch es ist der Start missglückt.

Vorlebicht ist dafür ein anderer Kampagnentrick erfolgreich. Das Nein-Lager seitens Mitte kam mit einer einfachen und pointierten Sprache. Am Anfang bezeichneten FDP, Mitte, SP, Grüne und Grünliberale die Initiative noch als «Kündigunginitiative», weil sie die bilateralen Verträge mit der EU kündigen wolle. Seit Herbst sprechen die Gegner nur noch von der «Chaos-Initiative», weil sie überall Chaos schaffen auf dem Bau, in Sportstadien, in Unternehmen.

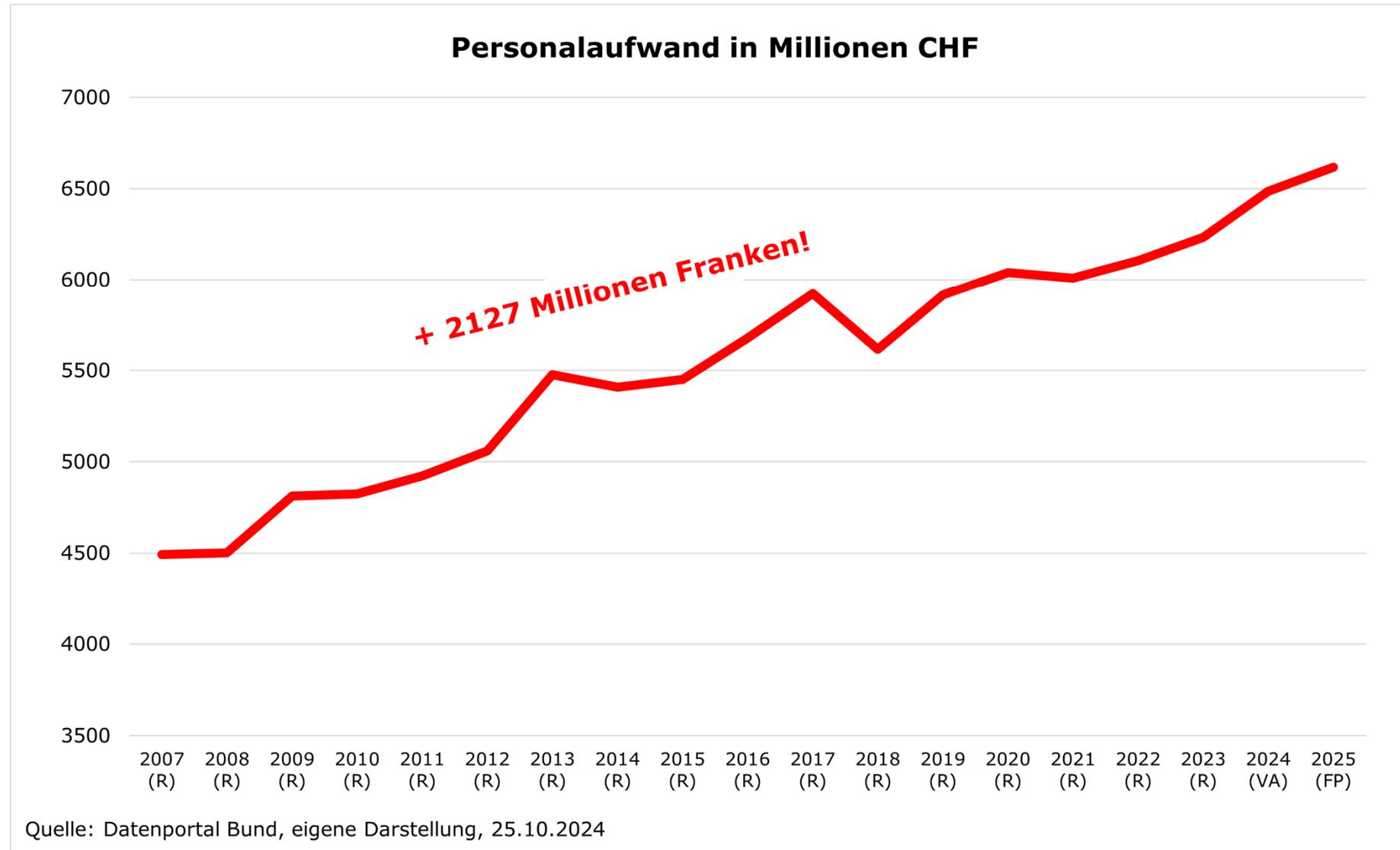
Die Ausgaben des Staates haben sich seit dem Jahr 1990 fast verdreifacht



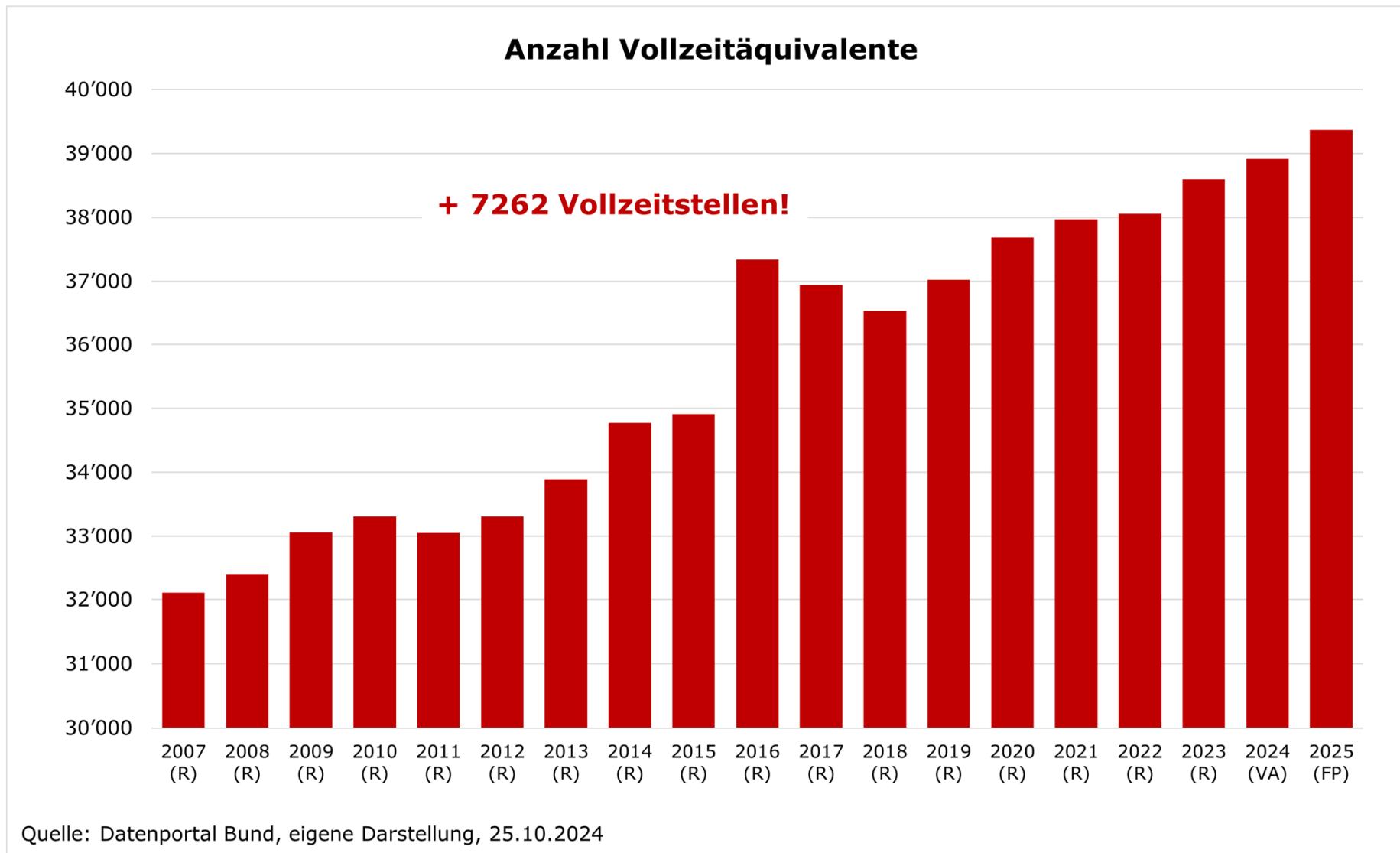
Insbesondere die Ausgaben für soz. Wohlfahrt, Gesundheit, Bildung & Forschung und Umwelt haben sich mehr als verdoppelt



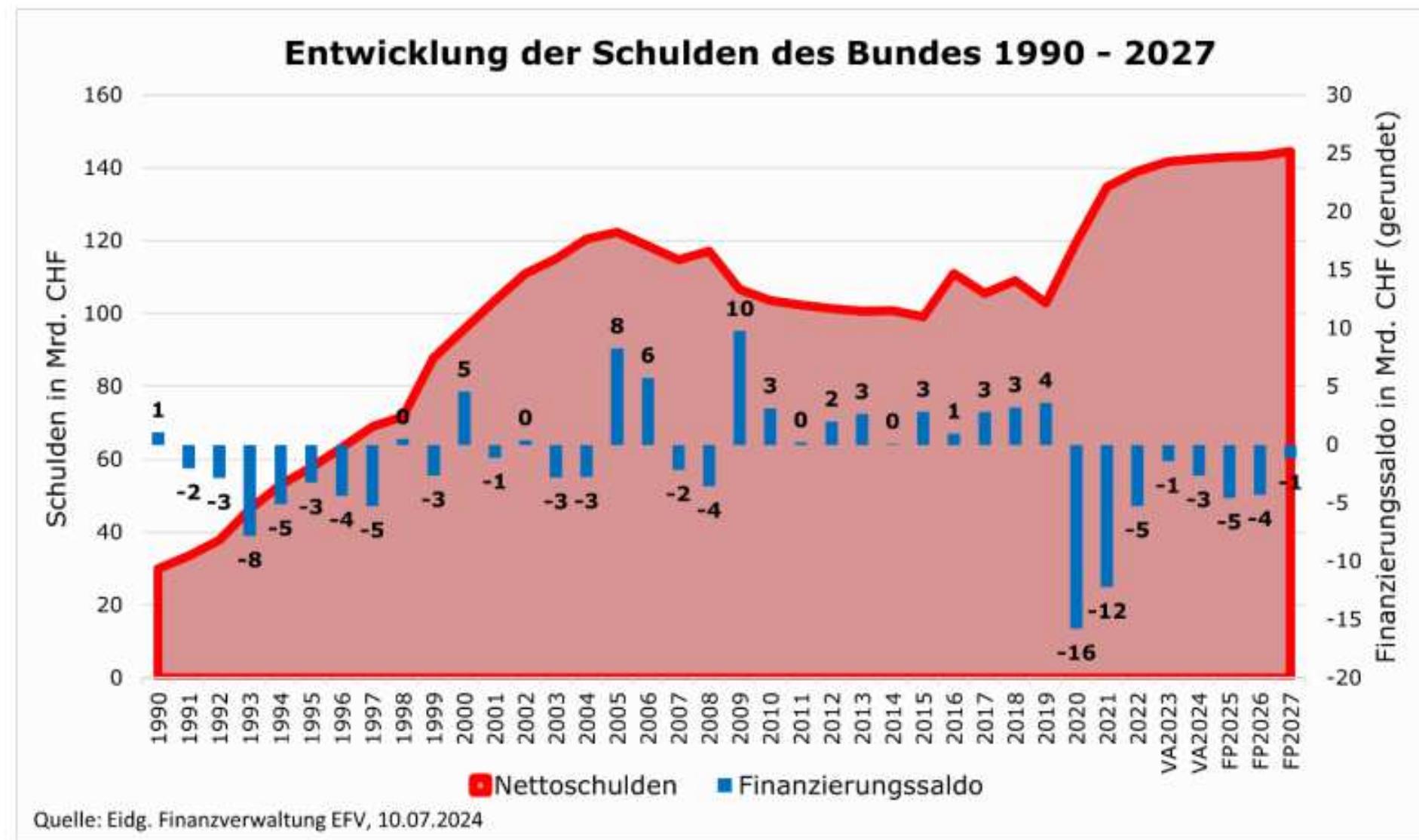
Der Personalaufwand ist seit 2008 um 2,1 Milliarden Franken angestiegen



In der gleichen Periode wurden mehr als siebentausend Vollzeitstellen geschaffen



Die Staatsverschuldung liegt mittlerweile wieder bei mehr als 140 Milliarden Franken



Obwohl für 2026 lediglich ein Wirtschaftswachstum von 1,26 Prozent vorhergesagt wird, wächst der Staat um mehr als 4 Prozent!

	2024 Rechnung	2025 Budget	2026 Budget (Bundesrat)	2026 Budget (Parlament/final)
Ausgaben Bund Mio. CHF (in %)	84'297	86'516 +2,63%	90'339 +4,42%	+5,32%
BIP-Wachstum Real-BIP pro Kopf, CHF (in %)	94'400	95'300 (Prognose) +0,95%	96'500 (Prognose) +1,26%	
FTE Bund (in %)	38'962	39'075 +0,29%	39'453 +0,97%	

**In der Schweiz
wächst nur
noch der Staat**

Über dem Arbeitsmarkt ziehen dunkle Wolken auf.
Doch staatsnahe Betriebe wie etwa Spitäler bauen aus.

Florence Vuichard

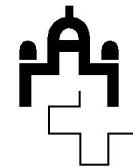
Eine Entlassungsmeldung jagt derzeit die nächste. Industriebetriebe, Pharmakonzerne, Versicherungen, Reisebüros: Sie alle wollen ihren Personalbestand – teils massiv – reduzieren. Grund dafür ist die schwächelnde Konjunktur, allen voran in Deutschland, dem traditionell wichtigsten Handelspartner der Schweiz. «Europas Schwäche ist für die Schweizer Unternehmen viel schlimmer als Donald Trumps Zollhammer», sagt UBS-Chefökonom Daniel Kalt.

Unter dem Strich nimmt die Beschäftigung jedoch weiterhin zu – trotz des Stellenabbaus in der Privatwirtschaft.

- Betrug das Budget für das Jahr 2025 noch 86'516 Milliarden Franken, wurde für das Jahr 2026 ein Budget von 91,1 Milliarden Franken verabschiedet, was einem Wachstum von +5,32% entspricht. Gleichzeitig wird für das Wirtschaftswachstum lediglich ein Wert von +1,26% vorhergesagt.
- Die SVP fordert ein umfassendes Entlastungspaket 2027;
- signifikante Ausgabenreduktionen bei Asyl, Entwicklungshilfe und Personal;
- die Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene; sowie
- Stopp des staatlichen Raubzugs auf das Portemonnaie der Bürger!

**In der parlamen-
tarischen Beratung
hat das Parlament
das Budget 2026
weiter aufgestockt
– von 90,339 auf
91'116 Milliarden
Franken!**

	Bundesrat Botschaft 20.8.	BR inkl. Nachmeldung	FK-S 10./11.11. /3.12.	FK-N 17.-19.11. /3.12.	SR 2.12.	NR 4.8.-9.12.	SR1 10.12.	NR1 15.12.	SR2 16.12.	NR2 18.12.	Antrag EK 18.12.	Bundes- beschluss la 19.12.
Gesamteinnahmen	89'988	90'356	90'382	90'370	90'382	90'370	90'374	90'374	90'374	90'374	90'374	90'374
davon ausserordentliche Einnahmen	364	364	364	364	364	364	364	364	364	364	364	364
Gesamtausgaben	90'832	90'939	90'824	91'048	91'004	91'063	91'146	91'090	91'142	91'106	91'116	91'116
davon ausserordentliche Ausgaben	600	600	470	470	470	470	470	470	470	470	470	470
Finanzierungssaldo	-845	-584	-441	-678	-622	-692	-772	-716	-768	-731	-742	-742
Ordentliche Einnahmen	89'624	89'992	90'018	90'006	90'018	90'006	90'010	90'010	90'010	90'010	90'010	90'010
↓ Vorjahr	5.0%	5.5%	5.5%	5.5%	5.5%	5.5%	5.5%	5.5%	5.5%	5.5%	5.5%	5.5%
Ordentliche Ausgaben	90'232	90'339	90'354	90'578	90'534	90'593	90'676	90'620	90'672	90'636	90'646	90'646
↓ Vorjahr	5.1%	5.3%	5.3%	5.5%	5.5%	5.6%	5.7%	5.6%	5.7%	5.6%	5.6%	5.6%
Ordentlicher Finanzierungssaldo	-609	-348	-335	-571	-516	-586	-665	-610	-662	-625	-635	-635
Ausgabenplafond für ordentliche Ausgaben	90'341	90'712	90'738	90'726	90'738	90'726	90'731	90'731	90'731	90'731	90'731	90'731
Struktureller Saldo (= Handlungsspielraum gemäss Schuldenbremse)	108.4	372.2	384.9	148.6	204.1	133.8	54.6	110.4	58.2	94.9	84.6	84.6
Veränderung der Ausgaben ggü. Botschaft BR	+107.161	-8.592	+215.705	+172.208	+230.485	+313.696	+257.888	+310.096	+273.424	+283.708	+283.708	+283.708
Nachmeldungen BR	+107.161	+107.161	+107.161	+107.161	+107.161	+107.161	+107.161	+107.161	+107.161	+107.161	+107.161	+107.161
BASPO/J+S-Aktivitäten und Kaderbildung (Nachmeldung vom 12.9.2025)	+28.000	+28.000	+28.000	+28.000	+28.000	+28.000	+28.000	+28.000	+28.000	+28.000	+28.000	+28.000
EDA/Europarat, Strassburg (Nachmeldung vom 25.10.2025)	+1.161	+1.161	+1.161	+1.161	+1.161	+1.161	+1.161	+1.161	+1.161	+1.161	+1.161	+1.161
ESTV/Direkte Bundessteuer Kantonsanteil (Nachmeldung vom 12.11.2025)	+78.000	+78.000	+78.000	+78.000	+78.000	+78.000	+78.000	+78.000	+78.000	+78.000	+78.000	+78.000
Beschlüsse SR und NR (rot = Differenzen)	-115.753	+108.544	+65.047	+123.324	+206.535	+150.726	+202.935	+166.262	+176.547	+176.547		
Querschnittskürzung Öffentlichkeitsarbeit (Eigenausgaben)	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250
BK/Funktionsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BK/Funktionsaufwand (Datenschutzbeauftragter)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BVG/Funktionsaufwand (Globalbudget)	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
EDA/Funktionsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EDA/Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)	-6.253	-6.253	-6.253	-6.253	-6.253	-6.253	-6.253	-6.253	-6.253	-6.253	-6.253	-6.253
EDA/Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)	-6.087	-24.346	-6.087	-24.346	-6.087	-20.000	-6.087	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
SECO/Wirtschaftliche Zusammenarbeit	+6.087	+24.346	+6.087	+24.346	+6.087	+20.000	+6.087	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000
EDA/Beiträge an multilaterale Organisationen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EBG/Funktionsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EBG/Massnahmen Gleichstellung Frau/Mann	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000
BAG/Gesundheitsschutz und Prävention	+0.800	+0.800	+0.800	+1.350	+0.800	+1.500	+1.500	+1.500	+1.500	+1.500	+1.500	+1.500
BFS/Funktionsaufwand (Daten KI)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BSV/Familienorganisation	+0.500	+0.500	+1.193	+1.193	+1.193	+1.193	+1.193	+1.193	+1.193	+1.193	+1.193	+1.193
BSV/Kinderschutz/Kinderrechte	+0.500	+0.500	+2.000	+2.000	+2.000	+2.000	+2.000	+2.000	+2.000	+2.000	+2.000	+2.000
BLV/Funktionsaufwand	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000
BLV/Beiträge an Impfung gegen Blauzungenkrankheit	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000
IVI/Funktionsaufwand (Diagnostik)	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000
BJ/Funktionsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BJ/Baubeteiträge Administrativ	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
Tedpol/Funktionsaufwand (BKP)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SEM/Ukraine, Beiträge an Kantone (a.o.)	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000
BACS/Funktionsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
V/Funktionsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
V/Rüstungsaufwand und -investitionen	+70.000	+50.000	+70.000	+70.000	+70.000	+70.000	+70.000	+70.000	+70.000	+70.000	+70.000	+70.000
GS EFD/Departementaler Ressourcenpool	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ZAS/Funktionsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EPA/Lohnmassnahmen	-33.988	-27.191	-33.988	-27.191	-27.191	-27.191	-27.191	-27.191	-27.191	-27.191	-27.191	-27.191
GS WBF/Departementaler Ressourcenpool	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SECO/Schweiz Tourismus	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SECO/Exportförderung	+0.085	+0.085	+0.085	+0.085	+0.085	+0.085	+0.085	+0.085	+0.085	+0.085	+0.085	+0.085
SECO/Beitrag an die ALV	+290.000	+150.000	+290.000	+290.000	+290.000	+290.000	+290.000	+290.000	+290.000	+290.000	+290.000	+290.000
BLW/Landwirtsch. Beratungswesen (Agridea)	+1.200	+1.200	+1.200	+1.200	+1.200	+1.200	+1.200	+1.200	+1.200	+1.200	+1.200	+1.200
BLW/Forschungsbeiträge (FIBL)	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000
BLW/Beihilfen Pflanzenbau (Saatkartoffeln)	+1.400	+1.400	+1.400	+1.400	+1.400	+1.400	+1.400	+1.400	+1.400	+1.400	+1.400	+1.400
BLW/Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000
Agroscope/Funktionsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
WEKO/Funktionsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
GS UVEK/Departementaler Ressourcenpool	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BAV/Grenzüberschreitender Personenscheinverkehr (Nachzug)	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
BAZU/Umweltschutzmassnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BAFU/Internationale Kommissionen und Organisationen	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000
BAFU/Schutz Naturgefahren	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000
BAFU/Wildtiere und Jagd	+3.600	+3.600	+3.600	+3.600	+3.600	+3.600	+3.600	+3.600	+3.600	+3.600	+3.600	+3.600
BAFU/Sanierung von Altlasten	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000	+5.000
Veränderung der Einnahmen ggü. Botschaft BR	+368.000	+394.7255	+382.8255	+394.7255	+382.8255	+386.8255	+386.8255	+386.8255	+386.8255	+386.8255	+386.8255	+386.8255
Nachmeldung BR	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000
ESTV/Direkte Bundessteuer Ertrag (Nachmeldung vom 12.11.2025)	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000	+368.000
Beschlüsse SR und NR	-	+26.726	+14.826	+26.726	+14.826	+18.826	+18.826	+18.826	+18.826	+18.826	+18.826	+18.826
BJ/Eingezogene Vermögenswerte	+12.726	+12.726	+12.726	+12.726	+12.726	+12.726	+12.726	+12.726	+12.726	+12.726	+12.726	+12.726
BFS/Funktionsertrag (Globalbudget)	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000	+4.000
ESTV/Wehrpflichtersalzabgabe	-	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000	+1.000
SAS/Funktionsertrag	-	+1.100	+1.100	+1.100	+1.100	+1.100	+1.100	+1.100	+1.100	+1.100	+1.100	+1.100
BFE/Sanktion CO ₂ -Verminderung Motorfahrzeuge	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000	+10.000



Das Mitte-links-Parlament zwingt Kantone, Arbeitgeber und Arbeitnehmer knappe eine Milliarde Franken für Kitas zu bezahlen

Mehr Geld für die Krippe

Parlament beschliesst bis zu 600 Millionen jährlich für die Fremdbetreuung

Jetzt ist klar, wie viel Geld Eltern künftig erhalten

Kita-Finanzierung Nach jahrelangem Ringen hat das Parlament entschieden. Doch dafür aufkommen werden die Kantone müssen.

So teuer wie in der Schweiz sind die Kitas nirgendwo sonst in Europa. Im Schnitt kostet die externe Kinderbetreuung berufstätige Eltern 29 Prozent ihres Einkommens. Das hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung berechnet.

Seit 2003 hat der Bund die Schaffung von Betreuungsplätzen mit einem Impulsprogramm und 451 Millionen Franken gefördert. Damit wurden über 72'000 neue Plätze geschaffen – in Kindertagesstätten, in der schulergänzenden Betreuung und in Tagesfamilien. Das Programm ist immer wieder verlängert worden – bis Ende 2026. Nach über 20 Jahren «Übergangslösung» und zahlreichen Debatten haben sich National- und Ständerat nun auf eine nationale Betreuungszulage geeinigt, um Familien mit ihren hohen Kita-Kosten zu unterstützen.

Wer hat künftig Anspruch? Die Betreuungszulagen können von Eltern angefordert werden, die erwerbstätig sind oder sich in einer Aus- oder Weiterbildung befinden. Beide Elternteile müssen dabei ein Minimaleinkommen verdienen. Wie hoch der Beschäftigungsgrad mindestens zu sein hat, ist noch nicht geregelt.

Darüber hinaus müssen die Kinder einen Schweizer Wohnsitz haben. Sie dürfen also nicht aus dem grenznahen Ausland stammen. Eine weitere Voraussetzung: Die Kita muss ihre Leistungen in der Schweiz und in einer Landessprache erbringen. Die Beiträge werden nur ausbezahlt, wenn das Kind institutional betreut wird, also etwa in einer Kindertagesstätte oder einer Tagesfamilie. Wer das Kind von einer Nanny oder von den Grosseltern bewirtschaftet, hat keinen Anspruch.



Bringen berufstätige Eltern ihre Kinder in die Kita, erhalten sie pro Kind und Wochentag 100 Franken monatlich. Foto: Franziska Rothenbühler

Wie hoch ist die Betreuungszulage?

Pro Kind und Wochentag beträgt die Zulage 100 Franken monatlich. Schickt also eine Familie etwa zwei Kinder an drei Tagen pro Woche in die Kita, bekommt sie insgesamt 600 Franken monatlich. Die Zulagen werden ausbezahlt, bis das Kind acht Jahre alt ist. Kinder mit einer Behinderung

sollten maximal das Doppelte bekommen, wenn ihre Betreuung einen Mehraufwand bedeutet.

Außerdem soll die Zulage – je nach kantonaler Gesetzgebung – zusätzlich zu den Fördergeldern ausbezahlt werden, welche die Eltern bereits von den Kantonen oder den Gemeinden erhalten. Letztere unterscheiden sich stark. Während einige Kantone die Kin-

dertbetreuung mit mehreren Millionen subventionieren, überlassen andere Kantone die Finanzierung ganz den Gemeinden.

Wie werden die zusätzlichen Kosten finanziert?

Diese Frage beschäftigte National- und Ständerat besonders stark. Soll sich der Bund grundsätzlich an der Finanzierung der

Die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur rechnet mit Zusatzkosten von rund 710 Millionen.

dabei die Möglichkeit, die Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen.

Der Bund soll mit sogenannten Programmvereinbarungen für die Kantone Anreize schaffen, damit Angebotslücken geschlossen werden und mehr institutionelle Betreuungsplätze für Kinder mit Beeinträchtigungen geschaffen werden. Für diese Programmvereinbarungen soll der Bund für die ersten vier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes 100 Millionen Franken zur Verfügung stellen.

Was passiert mit der Kita-Initiative?

Das Parlament stellt die neue Finanzierung als indirekten Gegenvorschlag der Kita-Initiative entgegen. Dies geht deutlich weiter als der Gegenvorschlag. Sie fordert, dass Eltern höchstens zehn Prozent ihres Einkommens für die Kita-Plätze ihrer Kinder ausgeben müssen. Das wäre mit Kosten von jährlich zwischen 2 und 2,5 Milliarden verbunden. Die Initiative wird voraussichtlich in der Frühlingssession 2026 im Nationalrat behandelt.

Sabrina Bundi

KATHARINA FONTANA

Die Krippe-Allianz künftig im Parlament einen Grosserfolg feiern. Am Freitag haben beide Räte in der Schlussabstimmung das sogenannte Kita-Gesetz angenommen: im Nationalrat mit 115 zu 81 Stimmen, im Ständerat mit 27 zu 17 Stimmen. Die Schweiz führt damit eine neue Gleichstellung-Gesetzgebung ein für Eltern, die ihre Kinder in einer Kitaplatz, Tagesfamilie oder Tagesmutter betreuen lassen – sprich in einer Krippe, Tageskrippe oder Tagesmutter.

Dass Eltern Petitionen länger nicht Sonderabstimmungen wollen, versteht sich von selbst. Da sie im Bundestag keine Mehrheit im Parlament hatten, sind sie auf die Unterstützung der Bündigen angewiesen. Und sie finden sie auch. Im Nationalrat stimmen die Kämpfer geschlossen für das Kita-Gesetz. Bei der FDP votieren 9 Vertreter dafür und 16 dagegen. Nein gestimmt hat auch die Co-Präsidentin Suzanne Vassalli-Staudacher.

Im Ständerat sprach sich eine Mehrheit der Mitte-Vertreter für die neue Sozialleistung aus – ausgenommen Daniel Fässler, Peter Hegglin und Fabian Rego. Eine Mehrheit der Fraktionen schlägt die Vorlage als Vier-FDP-Vereinbarung ab. Sie fordern, dass die Eltern selbst aus und herbeikommen den Sozialabzugsatz: Pascal Broulis, Johanna Gagnay, Dominik Müller und Matthias Michel. Die SVP lehnt das Kita-Gesetz bis zum Ende praktisch ausnahmslos ab.

Bis zu 500 Franken im Monat

Das Kita-Gesetz hat eine konzeptionelle Geschichte hinter sich. In der Allianz des Staatsaushabers mischte auch der Schweizerische Arbeitgeberverband anfänglich kräftig mit. Er lobte seine Zusammenarbeit mit den kleinen Parteien und den Familienpolitikarierinnen, dafür, die Kosten für die externe Kinderbetreuung massiv zu subventionieren und dem Bund aufzubauen. Das hätte die Bundeskasse – also die Steuerzahler – jedes Jahr zu 1 Milliarde Franken gekostet.

Ein Nationalrat sah es zunächst so an, als würde sich diese Lösung durchsetzen. Doch dann durchkreuzte der Ständerat die Pläne. Er erachtete es als wenig opportun, in Zeiten von steigenden Defiziten eine neue Sonderabstimmung einzuführen, die allein der Bund zahlen soll. Zum Schreck des Arbeitgeberverbandes kam die kleine Kämmerei die Vorlage komplett aus und beschloss, dass allein die Wirtschaftsabteilung für die Kosten aufzukommen müsse.

Das Ergebnis ist der nun verabschiedete Kita-Gesetz. Künftig sollen alte Eltern, die ihre Kinder in die Krippe oder in eine ähnliche Institution schicken, Anspruch auf eine Betreuungszulage haben. Die Krippe müsste in einer Landessprache geführt werden, sonst gibt es kein Geld. Auch erhalten nur jene Eltern eine Zulage, die ihre Kinder in der Schweiz betreuen lassen. Die



Bei Kindergarten müssen in einer Landessprache geführt werden, sonst gibt es für die Eltern kein Geld. (Foto: S. Schmid)

die Firmen diese Zusatzbelastung in die Löhne eingeben und trübe die Marktbasis weitergeben werden.

Indirekter Gegenvorschlag

Das Thema Krippe ist damit noch nicht erledigt. Im Frühjahr ist es die Kita-Initiative der Linken, künftig Eltern vollständig finanziert zu kriegen.

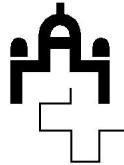
Pro Tag, den ein Kind mindestens in der Krippe verbringt, erhalten die Eltern 100 Franken im Monat. Für jeden weiteren Halbtag werden 50 Franken abgerechnet. Wer sein Kind fünf Tage pro Woche extern betreut hat, erhält also 500 Franken monatlich ausbezahlt. Die Zulage wird ausgerechnet, bis die Kinder acht Jahre alt sind. Die Vorlage soll die Verantwortlichkeit von Familie und Beruf erleichtern. Auf diesem Grundsatz müssen die Eltern erwerbstätig sein, wenn sie die Zulage beziehen wollen. Allerdings reicht ein Mindestumwand vom ledigen 600 Franken im Monat. Das heißt: Schäkeln Eltern ihr Kind in die Krippe, obwohl sie genug Zeit für seine Betreuung hätten, kann sie gleichwohl Geld beziehen.

Kantone und Gemeinden sowie Arbeitgeber – wie zum Beispiel die Bündesterverwaltung – rütteln sich, als würde sich diese Lösung durchsetzen. Durch einen durchkreuzerigen Ständerat für Krippe aus; selbst Eltern mit hohem Einkommen werden finanziell unterstützt. Ein Kita-Gesetz sieht vor, dass die Betreuungszulage nicht zu einer Übergangsbelastung führt, nicht zu einer Übergangsbelastung führt, dass Eltern sollen am Ende nach mehr Geld erhalten, als sie für die Kinderbetreuung tatsächlich ausgeben. Wie das kontrolliert wird, ist eine andere Frage.

Das neue Sozialleistung soll jährlich rund 600 Millionen Franken kosten. Es ist Aufgabe der Kantone, die Finanzierung zu legen, wie sie das schaffen jetzt bei den Kinderzulagen tut. Voraussichtlich werden die Arbeitgeber über hohes Lohnsteuerguthaben für die neue Sozialleistung aufkommen müssen. Nach vorläufigen Schätzungen der Bündesterverwaltung, die Befestigung um knapp 0,2 Prozentpunkte steigen. Es ist denkbar, dass

Das neue Kriegsmaterialgesetz stellt sicher, dass Rüstungsgüter weiterhin in der Schweiz hergestellt & exportiert werden können

	Bisher	Neu
Bewilligungs-kriterien für Auslandsgeschäfte	<ul style="list-style-type: none"> Auslandsgeschäfte werden nicht bewilligt, wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist. 	<ul style="list-style-type: none"> Das Verbot von Auslandsgeschäften gilt nicht für Länder mit einem ähnlichen Exportkontrollregime wie die Schweiz. Ausfuhrgeburte für diese Länder werden bewilligt, ausser es liegen ausserordentliche Umstände vor und die aussen-, neutralitäts- oder sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz erfordern eine Ablehnung.
Nicht-wieder-ausfuhr-Erklärungen	<ul style="list-style-type: none"> Eine Ausfuhrbewilligung kann nur erteilt werden, wenn eine Erklärung des Käufers vorliegt, dass das Material nicht wieder ausgeführt wird. 	<ul style="list-style-type: none"> Wenn aussen-, neutralitäts- oder sicherheitspolitische Gründe dies erfordern, kann der Bundesrat vom staatlichen Endempfänger eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung verlangen.
Abweichungskompetenz für den Bundesrat		<ul style="list-style-type: none"> Der Bundesrat kann von den Bewilligungskriterien abweichen, wenn ausserordentliche Umstände vorliegen und die Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen des Landes dies erfordert.



Das Volk entscheidet am 29. November 2026, nachdem GSoA, SP und Grüne das Referendum ergriffen haben

«Schweizer Waffen könnten auch an Terrorgruppen gelangen»

Export von Kriegsmaterial: 25 «vertrauenswürdige» Staaten sollen künftig Schweizer Waffen weiterverkaufen. dürfen. Völkerrechtsprofessorin Evelyne Schmid warnt, wichtige Kontrollmechanismen würden ausgeschafft.



Landes-Kommissär und Bündnispartner: An der Waffenübung von Panzern amüsiert sich das Gefecht am Kriegsgerüste. Foto: Ursula Pfeiffer

Gesetz 2024

Am Anfang der Diskussionen stand die Idee, dass die Schweiz nur weiter vertrauenswürdige Staaten mit Waffen ausstatten darf. Diese sollten dabei überzeugendes Rechtshandelsverständnis nachweisen, was Schweizer Waffen ausliefert. Doch die SP und Grüne weigerten sich, die alte in eigener Meinung befindliche Fassung zu akzeptieren, was die Parteien in der Regierung, ebenso wie die FDP, kritisierten.

«Weder sollte es noch funktionieren, dass wir Schweizer Waffen weiterverkaufen, wenn eben nicht, und eben nicht, wenn Schweizer Waffen ausgeliefert werden», erklärte der damalige Bündnispartner, der Nationalrat Franziska Roth.

Wieder sollte es nicht funktionieren, dass Schweizer Waffen weiterverkauft werden, wenn eben nicht, und eben nicht, wenn Schweizer Waffen ausgeliefert werden», erklärte der damalige Bündnispartner, der Nationalrat Franziska Roth.

Später sollte es nicht funktionieren, dass Schweizer Waffen weiterverkauft werden, wenn eben nicht, und eben nicht, wenn Schweizer Waffen ausgeliefert werden», erklärte der damalige Bündnispartner, der Nationalrat Franziska Roth.



«Wenn die Schweiz dieses Regime selbst abbaut, verliert sie an Autorität.»

Genossin Schmid

Präsidentin SP Wissenschaft

und Kriegsgerüste

Jene Radiosender, die weiterhin auf UKW senden wollen, sollen dies über das Jahr 2026 hinaus auch dürfen

- Nach dem Nationalrat sagt nun auch der Ständerat mit 21 zu 18 Stimmen bei fünf Enthaltungen Ja zur Forderung, dass über das Jahr 2026 hinaus UKW-Funkkonzessionen vergeben werden.
- Ständerat Jakob Stark (SVP) brachte es auf den Punkt: «Die Radiosender der SRG haben durch die UKW-Abschaltung per Ende 2024 rund 500'000 Hörerinnen und Hörer verloren und damit 15 Prozent an Tagesreichweite und 9 Prozent an Wochenreichweite eingebüsst.»
- Zudem wären von einer UKW-Zwangsabschaltung 1,7 Millionen Fahrzeuge mit UKW-Empfängern vom Radioempfang abgeschnitten worden.
- Der Bundesrat wird die Forderung bis Ende des nächsten Jahres umsetzen müssen.

Radiopionier Schawinski triumphiert – und kritisiert SRG-Chefin Wille
«Auf dem UKW-Verbot zu beharren, war der falsche Weg»

Es ist auch sein Sieg! Radiopionier Roger Schawinski (80) hat massiv für den Erhalt von UKW gekämpft. Umringt von Mikrofonen und Kameras sass er gestern auf einem Sofa im Bundeshaus. Der Moderator, der sonst viel redet, muss nun der Parlamentsdebatte zuhören. Leicht fällt ihm das nicht. Mal entfährt ihm «Fake News», mal «Schildbürgerstreich». Nach dem Erfolg spricht er mit Blick.

Blick Roger Schawinski, ein Erfolg für Sie!

Roger Schawinski: Die Vernunft hat gesiegt! Die Fake News, die verbreitet wurden, haben nicht funktioniert. Es hiess doch tatsächlich, UKW sei vorbei. Sie wollten die Schweiz zu einer Insel in Europa machen, zum einzigen Land, wo UKW nicht mehr stattfindet. Das hätte ausländischen Sendern Tür und Tor geöffnet.

Es ist auch ein Sieg für die Konsumenten.

Ich war schon bei Simonetta Sommaruga, als sie noch Medienministerin war. Sie sprach vom Nutzen für die Branche. Ich sagte: «Frau Sommaruga, wir haben am selben Ort begonnen: Sie beim Konsumentenschutz, ich beim Kassensturz.» Es geht doch nicht um die Branche, sondern um die Bevölkerung. Wir haben den Beweis: Allein in der Deutschschweiz hat die SRG



500'000 Hörer verloren. Das zeigt doch, welche unglaubliche Bedeutung UKW hat.

Einige Tausend Autobesitzer haben ihr Radio umgerüstet und vielleicht für nichts Geld ausgegeben. Das ist keine verlässliche Politik.

Ja. Aber das sind einige Tausend. 1,7 Millionen Leute haben nicht umgerüstet, das sind viel mehr. Sie haben gewonnen.

DAB ist moderner. Ist UKW nicht veraltet?

Sicher wird UKW irgendwann vorbei sein. Wenn eine Technologie nicht besser ist als die konkurrierende Technik, ist sie weg. DAB ist aber nicht besser als UKW. Deshalb hat sich DAB nicht durchgesetzt. Das hat man im Ausland längst begriffen: Weder in Frankreich noch in Öster-



Susanne Wille, Generaldirektorin der SRG.

Bett habe ich ein UKW-Radio, im Auto DAB.

Würde es der SRG im Kampf gegen die Halbierungs-Initiative helfen, wenn sie zurückkehren würde zu UKW?

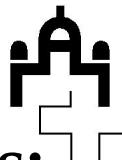
Ich habe Susanne Wille im Vorfeld gesagt, sie solle die Rückkehr ankündigen. Damit hätte sie punkten können. Jetzt würde sie es quasi unter Zwang machen. Ob sie damit den Nutzen bekommt, den sie braucht, bezweife ich. Die Umfragen sind sehr bedenklich für die SRG, es wird knapp. Sie darf keinen Fehler machen. Auf dem UKW-Verbot zu beharren, war der falsche Weg. Susanne Wille müsste ihren Service-public-Auftrag wahrnehmen. Nicht nur senden, sondern auch schauen, dass die Leute empfangen können.

INTERVIEW: LUCIEN FLURI

Der Nationalrat empfiehlt die Ernährungsinitiative einstimmig zur Ablehnung

- Im August 2024 reichte Franziska Herren und der Verein «Sauberer Wasser für alle» die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» ein.
- Der gleiche Initiativkreis hat 2018 bereits die Trinkwasserinitiative eingereicht. Diese hatte zu weiten Teilen deckungsgleiche Ziele. Zur Trinkwasserinitiative sagte das Stimmvolk 2021 mit über 60 Prozent klar Nein.
- Die neue Initiative verlangt einen Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent durch:
 - Ausrichtung von Produktion und Konsum auf pflanzliche statt tierischer Lebensmittel;
 - Reduktion von Food Waste;
 - Sicherstellung von Biodiversität, Bodenfruchtbarkeit sowie samenfestem Saat- und Pflanzgut;
 - Förderung einer umwelt- und klimabewussten Land- und Ernährungswirtschaft.
- Der Nationalrat hat die Ernährungsinitiative einstimmig zur Ablehnung empfohlen.
- Ein Antrag für einen Gegenvorschlag wurde vom Nationalrat mit 73 Ja- zu 121 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.
- Als Nächstes befasst sich der Ständerat mit der Volksinitiative.





Wirksame Regeln gegen die ungebremste Ausbreitung des Wolfs: Vorrang von Mensch und Nutztieren gegenüber Wolfsromantik

- Die Motion von SVP-Ständerätin Esther Friedli (25.3715) schliesst eine wichtige Lücke im Jagdgesetz: Heute dürfen Wölfe selbst dann nicht reguliert werden, wenn sie in grossen Jagdbanngebieten massiv Schaden anrichten – genau dort, wo sich viele Sömmersgebiete befinden. Künftig sollen Abschüsse auch in Banngebieten möglich sein, wenn es der Schutz von Alp- und Weidewirtschaft, Lebensräumen und Biodiversität erfordert.
- Eine ähnliche Motion (25.3549) geht ebenfalls in die richtige Richtung, indem sie die gezielte Jagd auf Problemwölfe im ganzen betroffenen Gebiet ermöglicht.

25.3715 MOTION

Abschüsse von Wölfen in Jagdbanngebieten ermöglichen

Eingereicht von: **FRIEDLI ESTHER**
Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
Schweizerische Volkspartei

Berichterstattung: **BULLIARD-MARBACH CHRISTINE, RÜEGGER MONIKA**

Einreichungsdatum: 19.06.2025

Eingereicht im: Ständerat

Stand der Beratungen: Überwiesen an den Bundesrat

25.3549 MOTION

Im Rudel lebender Problemwölfe

Eingereicht von:

Berichterstattung:

Einreichungsdatum:

Eingereicht im:

Stand der Beratungen:

☰ ALLES ZUKLAPPEN

⊖ EINGEREICHTER TEXT

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorzulegen, der das Jagdgesetz so ändert, dass Wölfe, für die eine ordentliche Abschussbewilligung vorliegt, auch in Jagdbanngebieten geschossen werden dürfen, wenn es für den Schutz der Lebensräume, für die Erhaltung der Artenvielfalt, zur Hege oder zur Verhütung von übermässigen Wildschäden notwendig ist.

⊖ BEGRÜNDUNG

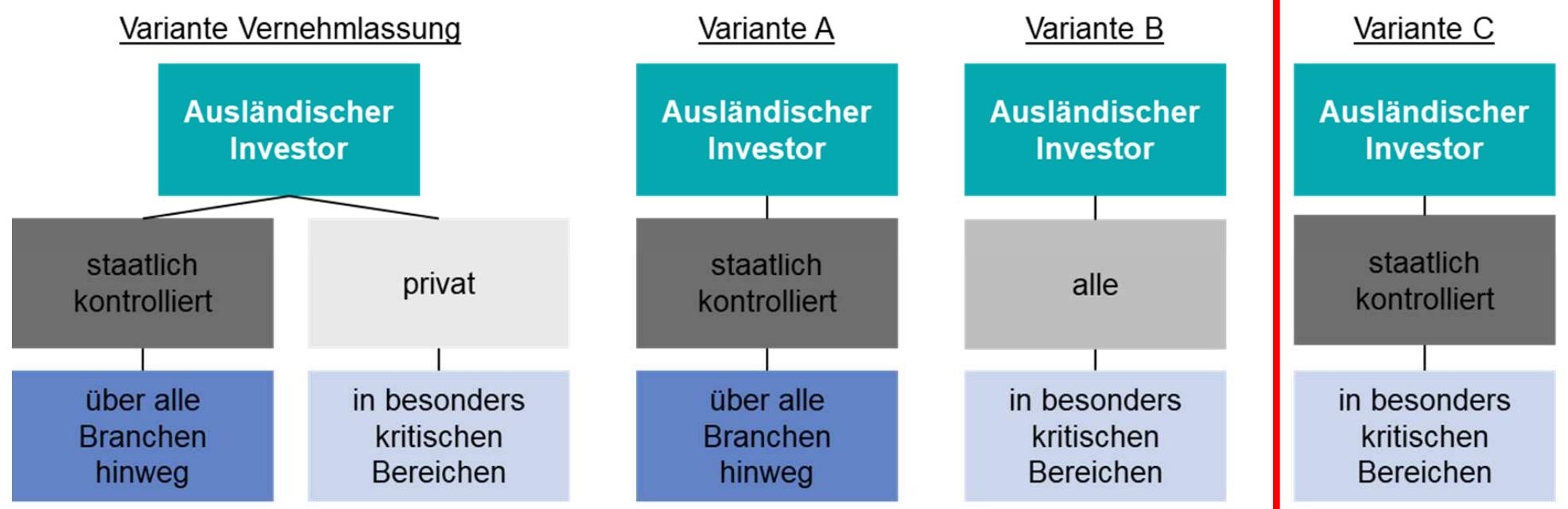
Der Abschuss von Wölfen, die Schäden verursachen und damit die Bedingungen für eine Abschussbewilligung erfüllen, ist auch in Jagdbanngebieten umzusetzen. Ebenso muss die Regulierung gemäss Art. 7a in den Jagdbanngebieten möglich sein. Die Schweiz zählt 43 eidgenössische Jagdbanngebiete mit einer Gesamtfläche von rund 150 000 ha, die zu einem grossen Teil im Sömmersgebiet liegen. In den betroffenen Gebieten, in denen sich die Sömmierung von Nutztieren mit den Jagdbanngebieten überschneidet, verhindert die aktuelle Gesetzgebung den Abschuss von geschützten Tieren wie Wölfen, während der Abschuss von ungeschützten Tieren wie Hirschen erlaubt werden kann. Die Grösse der Jagdbanngebiete macht eine Regulierung des Wolfes unmöglich, selbst wenn sonst die Bedingungen für eine Regulierung erfüllt sind. Dieses Hindernis muss behoben werden.

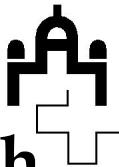
TA / 22. Dez. 2025

28

Das Parlament hat sich bei der Kontrolle ausländischer Investitionen für die Minimalvariante ausgesprochen

- Der Nationalrat hat einer gezielten Kontrolle ausländischer Investitionen zugestimmt. Geprüft werden nur Firmenübernahmen durch ausländische staatliche Investoren oder durch Privatunternehmen, die unter dem Einfluss eines Staates stehen, sofern sie besonders sensible Bereiche wie Verteidigung, Energie oder Gesundheit betreffen.
- Der Nationalrat hat der Vorlage mit 113 (61 SVP) zu 81 Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt. Der Ständerat hat das Geschäft mit 29 Stimmen zu 13 bei zwei Enthaltungen angenommen.
- Es gilt nun Erfahrungen mit dem neuen Gesetzeserlass zu sammeln.





Statt allgemeinem Feuerwerksverbot sollen «nur» ausschliesslich zur Knallerzeugung bestimmte Feuerwerke verboten werden

- Die Feuerwerks-Initiative will einen neuen Artikel 74a «Feuerwerk» in die Verfassung einfügen. Die neue Verfassungsbestimmung würde folgendes vorschreiben: «Der Verkauf und die Verwendung von Feuerwerkskörpern, die Lärm erzeugen, sind verboten. Für Anlässe von überregionaler Bedeutung kann die zuständige kantonale Behörde auf Gesuch hin Ausnahmebewilligungen erteilen. Für den Vollzug der Vorschriften sind die Kantone zuständig, soweit das Gesetz ihn nicht dem Bund vorbehält.»
- Der Nationalrat hat im Sprengstoffgesetz (SprstG) einen indirekten Gegenvorschlag mit folgendem Wortlaut eingefügt (Art. 15 Abs. 6): «Der Umgang mit Feuerwerkskörpern, die ausschliesslich zur Knallerzeugung bestimmt sind, ist verboten. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen für Feuerwerkskörper, von denen höchstens eine sehr geringe Gefahr ausgeht.»
- Der Nationalrat hat den indirekten Gegenvorschlag mit 97 zu 85 Stimmen (61 SVP) bei 7 Enthaltungen (2 SVP) angenommen. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.

Die Rakete soll bleiben, der Böller muss weg

Eine Volksinitiative will Feuerwerk verbieten – der Nationalrat hat nun einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet

ANDREA FÖPP, BERN

Böller sind laut, haben aber sonst wenig zu bieten. Sie erzeugen kein Lichtspektakel, wie es Vulkane oder Raketen tun. Für die Mehrheit des Nationalrats ist deshalb klar: Die kann man verbieten. Am Donnerstag hat sich die grosse Kammer für eine entsprechende Verschärfung des Sprengstoffgesetzes ausgesprochen.

Besonders Vertreter von Mitte-Links hatten sich für ein Verbot starkgemacht. Es ging ihnen dabei vor allem um das Wohlergehen von Tieren: Nik Gugger (EVP) etwa sprach vom Eisvogel, der aus Angst vor dem Knallen Brutplätze meiden. Fabienne Stämpfli (GLP) sprach von «zitternden Katzen», Meret Schnei-

der Bundesrat wollte das Begehrn ursprünglich ohne Gegenvorschlag an die Urne schicken. Doch die zuständige Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) arbeitete einen indirekten Gegenvorschlag aus

Dabei spielten auch strategische Überlegungen eine Rolle, wie Kommissions-sprecherin Regina Durrer-Knobel (Mitte) ausführte: Die Mehrheit der WBK-Mitglieder geht davon aus, dass die Initiative ohne Gegenvorschlag bei der Stimmbövlerk gute Chancen haben wird. In einer repräsentativen Befragung von GfS Bern haben sich 68 Prozent der Befragten 2024 für die Initiative «für eine Einschränkung von Feuerwerk» ausgesprochen.

«Es geht um unsere Freiheit»

sammenhalt des Landes gefährdet. «Es geht um unsere Freiheit und unsere Traditionen», sagte Roman Hug am Anfang der Debatte. Und seine Kollegin Theresia Schläpfer nannte Feuerwerk einen «Identitätsmoment», den man sich nicht nehmen lassen wolle.

Genau 17 Vertreter aus der SVP hatten sich für die Rednerliste gemeldet. Sie bekamen Unterstützung vom Freisinn, Regine Sauter etwa warnte vor einer «administrativen Bürokratisierung». Auch gefährde man die Feuerwerks-industrie und schränke die Gemeinde-autonomie ein, so die FDP. Zahlreiche Gemeinden haben bereits Feuerwerks-verbote unterschiedlicher Ausprägung eingeführt, von Dürnten (ZH) bis Davos (GR). Ein nationales Verbot brauche es daher nicht, argumentierten FDP- und

entsprechenden Feuerwerkskörper zu erstellen. Eine linke Minderheit wollte die Ausweispflicht sogar auf Feuerwerk «geringer Gefahr» ausdehnen.

Gemäss Rösti gehören zu dieser Kategorie nicht nur Raketen für den Privatgebrauch, sondern auch grössere Vulkane – und im Vorschlag der Minderheit sogar kleine Vulkane: «Wollen Sie wirklich, dass Eltern, die an einem Kindergeburtstag einen Zuckerstock abblasen wollen, vorher einen Kurs absolvieren und einen Ausweis lösen müssen?», fragte Rösti. «Das geht zu weit. Verbieten wir doch einfach das Chlöpfen.» Die Mehrheit des Nationalrats folgte ihm.

Keine abschliessende Antwort fand der Nationalrat auf die Frage, ob Feuerwerk zur Schweizer Tradition gehört, wie das die SVP behauptet. Das Bunde-
rät hat festgehalten, dass es ein

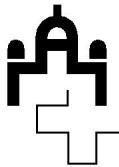
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/17): Finanzpolitik

Personalobergrenze für Bundespersonal

- Im Rahmen der ausserordentlichen Session hat der Nationalrat für die Einführung einer Obergrenze für die Anzahl der Vollzeitäquivalente in der Bundesverwaltung gestimmt. Mit 98 Stimmen (62 davon von der SVP) zu 92 Stimmen hat die Grosse Kammer eine Motion angenommen (25.3246). Die Tatsache, dass die SVP seit über zehn Jahren versucht, das übermässige Wachstum des Bundespersonals einzudämmen, macht die Unterstützung dieses Vorstosses besonders erfreulich. Eine gleichlautende Motion von Ständerätin Esther Friedli (SVP/SG) wurde im Ständerat zur Vorberatung in die zuständige Kommission überwiesen (25.4154). Die beiden Motionen werden nun voraussichtlich nochmals in der Frühjahrssession 2026 im Ständerat behandelt.

Gaststaatpolitik 2026-2029

- Analog zur den Botschaften zur Gaststaatpolitik 2016-2019 und 2020-2023 beantragte der Bundesrat dem Parlament für den Zeitraum 2026-2029 Finanzmittel für die Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat in den vier Handlungsfeldern: Ansiedlung, Infrastruktur (insbesondere Immobilien), Partnerschaften und Gouvernanz der neuen Technologien (25.061). Das Parlament genehmigte eine Ausgabenobergrenze von 122,6 Millionen Franken. Dieser Entscheid bedeutet eine Erhöhung des Verpflichtungskredits um 5 % gegenüber der vorherigen Periode.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/17): Sozialversicherungs- und Gesundheitspolitik I

Sozial- versicherungs- abkommen mit Argentinien

Nationale Präventions- strategie 2040

Stopp der Empfehlungen zu mässigem Alkoholkonsum

- Das Sozialversicherungsabkommen mit Argentinien soll es den jeweiligen Staatsangehörigen ermöglichen, auch nach einer Rückkehr in die Heimat AHV- und IV-Renten zu beziehen (25.048). Beitragszeiten, die zunächst im einen Land und dann im anderen geleistet wurden, sollen angerechnet werden. Es liegt auf der Hand, dass die Renten hauptsächlich in Richtung Argentinien fliessen, da die Schweiz eine sehr kurze, rentenauslösende Beitragszeit von einem Jahr (AHV) bzw. drei Jahren (IV) kennt. Argentinien hingegen verlangt grundsätzlich eine Versicherungszeit von mindestens 30 Jahren. Die SVP stellt sich wie bei allen Sozialversicherungsabkommen auf den Standpunkt, dass die Renten zumindest kaufkraftbereinigt werden müssen. Die Rentner im Ausland tragen auch nichts zur 13. AHV-Rente bei, wodurch der Schweizer Wirtschaft Geld entzogen wird. Entgegen der einstimmigen Opposition der SVP im Nationalrat wurde das Abkommen in der Schlussabstimmung mit 128 zu 66 (alle SVP) Stimmen und im Ständerat mit 42 zu 1 Stimmen angenommen.
- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat oppositionslos grünes Licht für eine nationale Präventionsstrategie gegeben (24.3736). Dabei sollen Ziele definiert und das Kosten-Nutzen-Verhältnis geplanter Massnahmen im Gesundheitswesen geprüft werden. Zudem soll die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung verbessert werden.
- Der Bundesrat übernahm jüngst völlig unkritisch die Zero-Strategie der WHO, welche die Schweizer Bevölkerung zur Alkoholabstinenz erziehen möchte. Der Ständerat befürworte mit Unterstützung der SVP eine Motion mit 31 zu 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen, welche den Bundesrat auffordert, die Verabschiedung neuer Richtlinien zum mässigen Alkoholkonsum zurück zu stellen (25.4153). Die Motion geht nun in den Nationalrat.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/17): Sozialversicherungs- und Gesundheitspolitik II

Erhöhung des Freibetrags nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters

- Die Motion der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats zielt darauf ab, den Freibetrag in der AHV von derzeit 16'800 auf neu 21'800 Franken zu erhöhen, um die Arbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters zu fördern (25.3423). Nachdem der Ständerat in der Sommersession bereits oppositionslos die Annahme beschlossen hat, stimmte der Nationalrat mit den geschlossenen Stimmen der SVP mit 130 zu 60 Stimmen ebenfalls zu. Damit kann das inländische Erwerbspotenzial besser ausgeschöpft werden. Der Bundesrat muss nun Art. 6quater „Beiträge der erwerbstätigen Versicherten nach Erreichen des Referenzalters“ der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV) entsprechend anpassen.

Weiterarbeit über AHV-Alter hinaus attraktiver machen

- Der Bundesrat wird beauftragt, die Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters mit den beiden folgenden Massnahmen zu fördern (25.3424):
 - Zuschläge auf den Rentenbetrag bei Aufschub der Rente erhöhen,
 - den heutigen Kürzungssatz der Altersrente beim Rentenvorbezug von 6,8 Prozent pro Jahr beibehalten oder erhöhen.
- Die Motion soll zusammen mit der Motion 25.3423 (siehe oben) umgesetzt werden.

Vollständiger Steuerabzug für Krankenkassen- prämien abgelehnt

- Zwei gleichlautende Motionen wollten den Bundesrat beauftragen, den rechtlichen Rahmen so zu ändern, dass die Krankenversicherungsprämien vollständig vom steuerbaren Einkommen der direkten Bundessteuer abgezogen werden können (25.4263, 24.4340). Obwohl diese Massnahme die Belastung der Haushalte verringert hätte, lehnte der Nationalrat den Vorstoss mit 99 zu 92 Stimmen (64 davon aus der SVP) ab. Der Ständerat lehnte die Motion mit 27 zu 15 Stimmen ab.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/17): Sozialversicherungs- und Gesundheitspolitik III

Ausweitung der Leistungen der Erwerbsersatzordnung (EO)

- Die Vorlage „Angleichung der EO-Leistungen“ sieht folgende Anpassungen vor (25.039):
 - Angleichung der Leistungen: Gemäss geltendem Recht werden gewisse Leistungen wie die Kinderzulagen, die Betriebszulage oder die Zulage für Betreuungskosten, die nebst der Grundentschädigung gewährt werden, nur an Militär- und Zivildienstleistende bezahlt, nicht aber an Mütter, Väter, bzw. Ehefrauen der Mütter, Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit zur Betreuung eines gesundheitlich schwer beeinträchtigen Kindes unterbrechen müssen oder adoptierende Eltern. So soll die Betriebszulage für Selbstständige (Art. 8 EOG), auf die heute nur Dienstleistende Anspruch haben, künftig auch an Mütter, Väter bzw. Ehefrauen der Mütter, Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit zur Betreuung eines gesundheitlich schwer beeinträchtigen Kindes unterbrechen müssen oder adoptierende Eltern gewährt werden. Die Anspruchsvoraussetzungen für die Zulage für Betreuungskosten (Art. 7 EOG) werden erweitert.
 - Verlängerung der Mutterschaftentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt der Mutter
 - Entschädigung des andern Elternteils bei Tod des Kindes
 - Betreuungsentschädigung bei Hospitalisierung des Kindes
- Die finanziellen Auswirkungen betragen ca. 80 Millionen Franken. Das Geschäft wurde in der Schlussabstimmung entgegen der SVP im Nationalrat mit 130 zu 63 Stimmen bei einer Enthaltung und im Ständerat mit 41 zu 3 Stimmen angenommen.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/17): Wirtschaftspolitik I

**Ständerat
genehmigt
GloBE-
Abkommen**

**Keine
rückwirkende
Anwendung der
OECD-
Mindeststeuer**

**Keine fixe
Obergrenze von
Managerlöhnen
in system-
relevanten
Banken**

- Der Bundesrat hat dem Ständerat einen Entwurf für einen Beschluss zur Ratifizierung des multilateralen Abkommens zwischen zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Erklärungen unterbreitet (25.072). Im Rahmen der Minimalbesteuerung würde dieses Instrument die Voraussetzungen für die Umsetzung des internationalen Informationsaustauschs schaffen. Mit 37 zu 1 Stimmen hat der Ständerat den Beschlussentwurf angenommen. Das Geschäft geht nun inden Nationalrat. Die SVP lehnt die Vorlage ab.
- Gegen den Willen des Bundesrats haben beide Räte gleichlautende Motionen aus ihren jeweiligen wirtschaftspolitischen Kommissionen angenommen (25.4399, 25.4392). Die Motionen fordern, dass die internationale OECD-Mindeststeuer nicht rückwirkend eingeführt werden darf, wie es der Bundesrat wollte. Die Motion im Nationalrat wurde mit 112 (62 SVP) zu 71 Stimmen und fünf Enthaltungen gegen den Widerstand der Ratslinken angenommen. Im Ständerat wurde die Motion mit 24 zu 14 Stimmen bei fünf Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat muss das Anliegen nun umsetzen.
- In der Frühjahrssession 2025 hat der Ständerat eine Motion zur Begrenzung der Vergütungen im Bankensektor angenommen (23.3452). In der Herbstsession änderte der Nationalrat die Motion dahingehend, dass der Anwendungsbereich auf systemrelevante Banken beschränkt wurde und anstelle einer festen Obergrenze, sollen die Vergütungssysteme so gestaltet werden, dass schädliche Anreize vermieden werden. In der Wintersession 2025 schloss sich der Ständerat der Position des Nationalrats an und nahm die geänderte Fassung mit 28 zu 11 Stimmen an.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/17): Wirtschaftspolitik II

Neu fallen auch Lohndaten unter den automatischen Informationsaustausch

Verlustverrechnungen neu über 10 statt 7 Jahre

Kartellgesetz-revision abgeschlossen

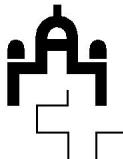
- Das Parlament hat zugestimmt, ein neues Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch betreffend Lohndaten (AIALG) zu schaffen (25.051). Dieses führt eine Pflicht für Arbeitgeber ein, den kantonalen Steuerbehörden die in den beiden internationalen Abkommen vorgesehenen Informationen zu übermitteln. Bei der Schlussabstimmung hat der Nationalrat das Geschäft mit 126 zu 66 Stimmen (66 SVP) bei einer Enthaltung angenommen. Der Ständerat hat das Geschäft mit 35 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.
- Das Parlament hat eine Vorlage angenommen, die es Unternehmen ab dem Jahr 2020 ermöglicht, Verluste über einen Zeitraum von zehn statt wie bisher sieben Jahren steuerlich geltend zu machen (24.091). Bei der Schlussabstimmung hat der Nationalrat den Text mit 131 Stimmen (66 SVP) gegen 65 bei 1 Enthaltung angenommen. Der Ständerat hat das Geschäft mit 29 Stimmen zu 15 Stimmen genehmigt.
- Nach einer langen Phase der Differenzbereinigung, einigten sich schliesslich die beide Räte und verabschiedeten die Reform des Kartellgesetzes. Bei der Schlussabstimmung genehmigte der Nationalrat das Geschäft mit 129 Stimmen (65 SVP) bei 66 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen. Der Ständerat nahm die Vorlage mit 30 Stimmen gegen 11 bei 2 Enthaltungen an. Die Wettbewerbskommission (WEKO) muss künftig die schädlichen Auswirkungen eines Marktabkommens konkret nachweisen und darf nicht tätig werden, wenn keine realen Auswirkungen auf die Konsumenten oder den Markt nachweisbar sind.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/17): Landwirtschaft und Bildung

Modernisierung der Zulassung von Pflanzenschutz- mitteln

Einführung der Titelzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master»

- Der Nationalrat hat mit 121 (66 SVP) zu 73 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine parlamentarische Initiative (22.441) angenommen, um die Zulassung neuer Pflanzenschutzmittel zu modernisieren. So soll die Schweiz neu Zulassungen in den Nachbarländern sowie in den Niederlanden und in Belgien in einem vereinfachten Zulassungsverfahren anerkennen. Ist ein bestimmtes Pflanzenschutzmittel in einem dieser Länder zugelassen, darf es auch in der Schweiz eingesetzt werden, wenn dafür ein Gesuch gestellt wird. Die Vorlage wird als nächstes durch den Ständerat beraten.
- Mit der Revision des Berufsbildungsgesetzes möchte der Bundesrat die höhere Berufsbildung stärken und sie international konkurrenzfähiger machen (25.046). Künftig dürfen nur noch eidgenössisch anerkannte Anbieter die Bezeichnung «Höhere Fachschule» verwenden. Zudem werden die Titelzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master» eingeführt. Außerdem wird Englisch als zusätzliche Prüfungssprache bei eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen ermöglicht und Nachdiplomstudiengänge der höheren Fachschulen werden flexibilisiert. In der Schlussabstimmung hat der Nationalrat die Vorlage mit 158 zu 30 Stimmen bei 5 Enthaltungen und im Ständerat mit 42 zu 2 Stimmen angenommen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/17): Aussenpolitik I

Wie weiter mit
der Übernahme
internationaler
Regulierung ins
Schweizer
Recht?

Freihandels-
abkommen mit
Thailand

Freihandels-
abkommen mit
dem Kosovo

- Während der Wintersession 2025 hat der Ständerat einstimmig ein Postulat (25.3952) angenommen, das den Bundesrat auffordert, seine Praxis der Übernahme internationalen Rechts zu überprüfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass einige Handelspartner eine zunehmend aggressive Wirtschaftspolitik verfolgen, die ihnen erhebliche Wettbewerbsvorteile verschafft. Aus Sicht der SVP ist diese Entscheidung des Ständerats zu begrüßen, da eine vertiefte Auseinandersetzung darüber notwendig ist, welches Verhalten die Schweiz in einem Kontext tiefgreifender geopolitischer Umbrüche einnehmen sollte. Der Bundesrat muss nun einen Bericht vorlegen.
- Der Nationalrat hat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Thailand mit 135 Stimmen (davon 65 der SVP) bei einer Gegenstimme und 58 Enthaltungen angenommen (25.066). Dank dieses Abkommens werden 99,7 % der aktuellen Schweizer Exporte nach Thailand von Zollvergünstigungen profitieren, wodurch die Diskriminierung gegenüber anderen Ländern verringert wird. Thailand ist mit rund 17 Millionen Einwohnern zudem ein bedeutender Markt und gilt als wichtige aufstrebende Volkswirtschaft in Asien. Die Schweiz hat daher ein grosses Interesse daran, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat weiter zu stärken. Die Vorlage wird nun dem Ständerat unterbreitet.
- Die grosse Kammer hat einstimmig beschlossen, das Freihandelsabkommen mit dem Kosovo anzunehmen (25.070). Dieses Abkommen ist schafft neben dem Abbau von Zöllen auch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der EU, die über kein entsprechendes Abkommen verfügt. Die Vorlage wird nun an den Ständerat überwiesen.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/17): Aussenpolitik II

**Schutz von
ethnischen und
religiösen
Minderheiten in
Syrien**

**Beitritt „Koalition
für die Rückkehr
ukrainischer
Kinder“**

**Rascher und
ungehinderter
humanitärer
Zugang zum
Gazastreifen**

- Mit mehreren gleichlautenden Motionen (24.4502, 24.4501, 24.4500, 24.4599, 24.4598) wird der Bundesrat aufgefordert, sämtliche im Rahmen der Neutralität verfügbaren aussenpolitischen Instrumente zu nutzen, um den Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten in Syrien zu gewährleisten und auf eine Deeskalation durch ein Ende der Angriffe auf Nord- und Ostsyrien hinzuwirken. Im Nationalrat wurden die Motionen mit 123 zu 54 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Im Ständerat ohne Gegenstimme.
- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion angenommen, die verlangt, dass die Schweiz einer internationalen Koalition von 41 Staaten zur Rückkehr ukrainischer Kinder beitritt (24.4023). Die SVP lehnte die Motion ab. Der Bundesrat hat nun zwei Jahre Zeit, um die Motion umzusetzen und der „Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder“ beizutreten.
- Der Ständerat hat eine Motion angenommen, welche die Regierung auffordert, entweder selbst eine dringliche Resolution bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen einzureichen oder sicherzustellen, dass dies durch eine andere Partei geschieht, um einen schnellen humanitären Zugang zum Gazastreifen zu gewährleisten (25.4107). Die UNO hat bereits eine von Norwegen eingebrachte und von 139 Staaten unterstützte Resolution verabschiedet, die Israel auffordert, die Beschränkungen für die humanitäre Hilfe nach Gaza aufzuheben. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der SVP nicht mehr erforderlich, dieses Thema erneut im Parlament zu behandeln, da die Dringlichkeit und die humanitären Bedürfnisse bereits auf internationaler Ebene berücksichtigt wurden. Die Motion geht nun in den Nationalrat.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/17): Sicherheitspolitik I

Verteidigungsabkommen mit der EU und der NATO

- In einer Motion forderte die Ratslinke der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, dass die Schweiz ein verteidigungspolitisches Partnerschaftsabkommen mit der EU eingeht (25.3529). Entsprechend möchte sie dem Bundesrat ein Verhandlungsmandat erteilen. Der Nationalrat stimmte diesem Verhandlungsmandat in der Herbstsession 2025 deutlich zu, entgegen dem Willen der SVP. Nun stimmte auch der Ständerat dem Mandat zu, möchte es aber um eine Militärkooperation mit der NATO erweitern. Die Mehrheit des Parlaments möchte also, dass sich die Schweiz sicherheitspolitisch vollständig von der EU und der NATO abhängig macht und somit sowohl ihre Neutralität als auch ihre Souveränität in Verteidigungsfragen aufgibt. Die Motion geht nun nochmals an den Nationalrat, der entscheiden muss, ob er die Version des Ständerats unterstützt.

Mehr Geld für Bundesamt für Cybersicherheit (BACS)

- Angesichts der stark zunehmenden Cyberkriminalität in der Schweiz fordert Ständerat Werner Salzmann (SVP/BE) in einer Motion die Stärkung des Bundesamtes für Cybersicherheit (25.3191). Konkret verlangt er, dass mehr Geld vom IT-Budget der Armee intern an das Bundesamt für Cybersicherheit umgeleitet wird, um dessen Fähigkeiten zur Abwehr von Bedrohungen im Cyberraum auszubauen. Nachdem der Ständerat der Motion bereits zugestimmt hatte, folgte nun auch der Nationalrat mit 149 zu 20 Stimmen bei 17 Enthaltungen. Der Bundesrat muss die Motion nun umsetzen.

Deutlich mehr Geld für das Fedpol

- Nachdem der Nationalrat bereits zugestimmt hat, hat nun auch der Ständerat einer Aufstockung der Bundespolizei fedpol um 100 bis 200 Stellen zugestimmt (25.3941). Diese sollen für die Fahndung eingesetzt werden. Die SVP wehrte sich in beiden Räten vergebens gegen diese Aufstockung. Der Bundesrat muss die Forderung nun umsetzen.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/17): Sicherheitspolitik II

Minimal-sollbestand von 100'000 Militär-angehörigen

Schnellere Beschaffung von Drohnen

Kosten-deckungsgrad von 100 Prozent beim Zivildienst

- Bei einer Vorlage zur Überarbeitung des Militärgesetzes einigten sich beide Räte (25.036). Die Vorlage flexibilisiert die Rekrutenschule und die Wiederholungskurse, stärkt den Cyberschutz, digitalisiert die Kommunikation mit den Armeeangehörigen, verankert Kompensationsgeschäfte im Militärgesetz und regelt den Einsatz von Militärangehörigen im Ausland. Bereits in der Herbstsession beschloss der Nationalrat, dass die Armee nicht unter einen Sollbestand von 100 000 Militärangehörigen fallen darf. Dem hat sich der Ständerat nun angeschlossen. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage im Nationalrat mit 131 zu 62 Stimmen angenommen, im Ständerat mit 35 zu 8 Stimmen und 1 Enthaltung.
- Die beiden Räte haben gleichlautende Motionen angenommen, die eine schnelle und umfassende Beschaffung von Luftabwehrsystemen und ausreichend Munition auslösen sollen (25.4405, 25.4396). Zudem soll die Fähigkeit geschaffen werden, Drohnen auch in grosser Zahl abfangen zu können. Der Ständerat nahm die Motion mit 32 zu 10 Stimmen an, im Nationalrat wurde sie oppositionslos angenommen. Der Bundesrat muss das Anliegen nun umsetzen.
- Der Zivildienst war zuletzt nur zu 90 % finanziell selbsttragend. Die Finanzkommission des Nationalrates fordert daher in einer Motion, dass der Zivildienst vollständig finanziell selbsttragend sein muss und die entsprechenden Schritte zur Erreichung dieses Ziels ergriffen werden müssen (25.3958). Der Nationalrat nahm die Motion mit 117 zu 70 Stimmen (64 davon aus der SVP) an. Die Motion geht nun in den Ständerat.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/17): Sicherheitspolitik III

Personenfahndungen ohne Einschränkungen mit allen erfassbaren Körpermerkmalen samt Hautfarbe und sonstigen Auffälligkeiten

Stopp der Wehrpflichtprivilegien für Doppelbürger

- Der Ständerat hat eine Motion von Werner Salzmann (SVP/BE) angenommen (25.4077). Diese fordert, dass die Polizei in der Schweiz ohne Einschränkungen alle Daten von Verdächtigen in Fahndungen erfassen und teilen kann. Dazu gehören auch die Hautfarbe und andere äussere Auffälligkeiten. Das EJPD hat im September in einem Anfall von politischer Korrektheit die Erfassung der Hautfarbe von Tatverdächtigen aus den Polizeidatenbanken entfernt. Auf Druck der SVP ist der Bundesrat kürzlich zurückgerudert und hat angekündigt, die Erfassung der Hautfarbe wieder zu ermöglichen. Der Vorstoss wurde nicht zurückgezogen, damit die Polizei eine Rechtsgrundlage erhält, die ihre Arbeit vor weiteren Anfällen von Pseudo-Korrektheit schützt, welche unsere Sicherheit gefährden. Die Motion geht nun in den Nationalrat, wo eine gleichlautende Fraktionsmotion der SVP ebenfalls noch hängig ist.
- Aktuell können Doppelbürger durch nationale Regelungen anderer Staaten die Wehrpflicht in der Schweiz umgehen. Dies ist der SVP-Fraktion schon lange ein Dorn im Auge. In der Herbstsession hat der Ständerat eine Motion des Genfer Ständerats Mauro Poggia (MCG) angenommen (25.3037). Poggia hatte gefordert, die Wehrpflichtprivilegien für schweizerisch-französische Doppelbürger aufzuheben. Im Nationalrat wurde die Motion nun dahingehend erweitert, dass die Wehrpflichtprivilegien für alle Doppelbürger abgeschafft werden sollen. Dadurch entspricht die Motion nun einer Motion von Nationalrätin Stefanie Heimgartner (SVP AG). Die geänderte Version wurde mit 147 zu 25 Stimmen deutlich angenommen, nur die Grünen stimmten dagegen. Die geänderte Motion geht nun erneut in den Ständerat.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/17): Energie und Umwelt

**Nationalrat sagt
einstimmig Ja
zum
«Netzexpress»**

- Mit dem sogenannten «Netzexpress» will der Bundesrat den Aus- und Umbau der Stromnetze deutlich beschleunigen (25.057). Hintergrund ist, dass ein grosser Teil der Schweizer Höchstspannungsleitungen veraltet ist und der Netzausbau dem raschen Ausbau erneuerbarer Energien hinterherhinkt. In der Wintersession hat der Nationalrat die Vorlage beraten und mit 190 (63 SVP) Stimmen bei 7 (3 SVP) Enthaltungen einstimmig beschlossen, die Verfahren weiter zu vereinfachen. Konkret sollen Ersatz- und Sanierungsprojekte auf bestehenden Trassen künftig ohne aufwendiges Sachplanverfahren möglich sein und der Netzausbau soll klaren Vorrang gegenüber anderen nationalen Interessen erhalten. Zudem werden auch Verteilnetze einbezogen, etwa durch erleichterte Bewilligungen für Trafostationen ausserhalb der Bauzone. Die Vorlage geht somit in die ständeräliche Kommission zur weiteren Beratung.
- Dem Bund soll keine neue Verfassungskompetenz erteilt werden, dass im Fall eines schweren Erdbebens ein solidarischer Pflichtbeitrag von bis zu 0,7 Prozent des Gebäudeversicherungswerts von Gebäudeeigentümern zur Finanzierung von Gebäudeschäden erheben werden kann (24.095). In der Wintersession 2025 hat der Ständerat mit 23 zu 19 Stimmen bei zwei Enthaltungen das Nicht-Eintreten beschlossen und die Vorlage damit abgelehnt. Die Mehrheit verwies auf Eigenverantwortung der Gebäudeeigentümer sowie bestehende Versicherungs- und Solidaritätsmechanismen. Die SVP unterstützte diesen Entscheid klar. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

**Nein zur Zwangs-
abgabe für
Erdbeben-
schäden**

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/17): Verkehrspolitik

Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) 2026-2028

- Das Parlament hat den Verpflichtungskredit für den Regionalen Personenverkehr (RPV) für die Jahre 2026 bis 2028 um rund 160 Millionen Franken erhöht und damit die Sparpläne des Bundesrates abgelehnt (25.055). Dieser wollte die Abgeltungen ab 2027 um fünf Prozent kürzen, um den Bundeshaushalt zu entlasten. Mit 112 (davon drei SVP) zu 76 (davon 61 SVP) Stimmen hat der Nationalrat die Aufstockung nun endgültig beschlossen und damit ein falsches Signal an die Kantone gesendet. Diese müssten sich eigentlich stärker an den Kosten beteiligen. Die SVP bleibt dabei: In Zeiten knapper Kassen darf auch der öffentliche Verkehr nicht von Entlastungsmassnahmen ausgenommen werden.

Liquidität Bahninfrastrukturfonds

- Der Nationalrat hat als Zweitrat der Motion der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats mit 118 zu 59 Stimmen (davon 59 SVP) bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Diese beauftragt den Bundesrat, die Alimentierung und Liquidität des Bahninfrastrukturfonds (BIF) zu verbessern, u.a. mit einem MwSt-Promille ab 2030 oder einem Verzicht auf die Rückzahlung der aus dem FinöV-Fonds übernommenen Verschuldung.

Kontrollschildpflicht für Lastenräder und Longtail-Velos

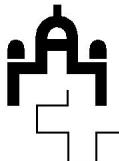
- Der Ständerat will, dass auch Longtail- und Lastenvelos künftig mit einem Kontrollschild ausgerüstet werden müssen. Er hat einer entsprechenden Motion von Mauro Poggia (MCG, GE) mit 22 zu 15 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt (25.4099). Diese Fahrzeuge nehmen im Strassenverkehr immer mehr Platz ein, erreichen hohe Gewichte und werden oft rücksichtslos auf Trottoirs abgestellt, wo sie Fussgänger behindern. Bisher konnten die Halter bei Verstößen kaum ermittelt werden, da diese Fahrräder anonym unterwegs sind. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.

Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/17): Medienpolitik

**Mehr Geld
für die Medien-
subventionierung**

**Anonyme Online-
Kommentare
sollen verboten
werden**

- Obwohl das Stimmvolk am 13. Februar 2022 das „Massnahmenpaket zugunsten der Medien“ deutlich abgelehnt hat, führt das Parlament teile der damals abgelehnten Subventionen nun schrittweise trotzdem ein. So werden zusätzliche Gelder für Ausbildung und Nachrichtenagenturen gesprochen (22.417) und die Gebührenanteile für private Radio- und Fernsehsender erhöht (neu 6 bis 8 Prozent statt bisher 4 bis 6 Prozent) (22.407). Die erste Vorlage wurde im Nationalrat mit 128 zu 63 Stimmen bei 5 Enthaltungen und im Ständerat mit 40 zu 4 Stimmen angenommen. Die zweite Vorlage wurde im Nationalrat mit 156 zu 37 Stimmen bei 4 Enthaltungen und im Ständerat einstimmig angenommen.
- Der Ständerat hat eine Motion von Mauro Poggia (MCG, GE) angenommen, die verlangt, dass auf Online-Portalen subventionierter Medien keine anonymen Kommentare mehr veröffentlicht werden dürfen (23.4530). Gegen den Willen des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit stimmte der Ständerat der Motion mit 26 zu 15 Stimmen zu. Der Vorstoss geht nun an den Nationalrat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (16/17): Rechtsfragen I

Kein Verbot von internationalen Adoptionen

Verweigerung des Besuchsrechts soll strafbar werden

- Nachdem es in der Vergangenheit zu Unregelmässigkeiten gekommen war, plante der Bundesrat, internationale Adoptionen generell zu verbieten. Der Ständerat hat diesen Schnellschuss nun oppositionslos korrigiert und eine differenziertere Vorgehensweise beschlossen. Er änderte eine Motion der nationalrätlichen Rechtskommission so, dass der Bundesrat in einer Vernehmlassungsvorlage zwei Varianten präsentieren muss: Ein Szenario für den Ausstieg (Verbot) und ein Reformszenario, das Adoptionen unter strenger Auflagen und Kontrollen weiterhin ermöglicht (25.3430). Zudem sollen die Rechte von Adoptierten bei der Herkunftssuche gestärkt werden. Damit wird nicht vorschnell eine Tür zugeschlagen, sondern eine fundierte Diskussion über die Zukunft von Auslandsadoptionen ermöglicht, bei der das Kindeswohl im Zentrum steht. Das Geschäft geht aufgrund der Änderung zurück an den Nationalrat.
- Ein wichtiger Sieg für das Kindeswohl und gegen Willkür: Der Ständerat hat mit 23 zu 18 Stimmen eine Motion aus dem Nationalrat angenommen (19.3597). Diese fordert, dass die unrechtmässige Verweigerung des Besuchsrechts künftig strafbar ist. Die SVP hat dieses Anliegen massgeblich unterstützt. Ständerat Pirmin Schwander (SVP) wies im Rat darauf hin, dass Besuche oft mit fadenscheinigen Ausreden verhindert werden, was zur Entfremdung des Kindes vom anderen Elternteil führt. Bisher waren die Behörden oft machtlos, wenn obhutsberechtigte Elternteile gerichtliche Anordnungen missachteten. Gegen den Widerstand von Links-Grün und dem Bundesrat, die lieber weiter auf wirkungslose Mediation setzen wollten, hat der Ständerat nun klargestellt: Wer einem Kind den Vater oder die Mutter vorenthält, begeht Unrecht und muss bestraft werden. Der Bundesrat muss nun einen entsprechenden Straftatbestand ausarbeiten.

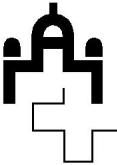
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (17/17): Rechtsfragen II

**Nationalrat
bevorzugt
Schuldner
gegenüber
Gläubigern**

**Reform der
lebenslangen
Freiheitsstrafe im
Strafgesetzbuch**

- Gegen den Widerstand der SVP-Fraktion hat der Nationalrat eine Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes angenommen (25.019). Diese sieht für überschuldete Privatpersonen vor, dass ihre Schulden nach einem dreijährigen «Sanierungsverfahren» erlassen werden können – de facto ein staatlich verordneter Schuldenschnitt. Die SVP lehnte als einzige Partei die Vorlage ab, da sich so Schuldenmachen noch mehr lohnt. Wer sich – etwa durch Konsum oder Glücksspiel – verschuldet, soll nicht auf Kosten der Gläubiger saniert werden. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.
- Obwohl sich das Parlament im Grundsatz einig ist, dass die «lebenslange» Freiheitsstrafe verschärft werden muss (erst nach 17 statt nach 15 Jahren soll eine bedingte Entlassung möglich sein), konnte das Geschäft in der Wintersession nicht bereinigt werden. Zwischen National- und Ständerat besteht weiterhin eine Differenz bezüglich der Rückwirkung für bereits Verurteilte, weshalb die Vorlage nun an die Rechtskommission des Ständerats zurückgeht (25.027). Für die SVP ist diese Verzögerung ärgerlich. Die Partei setzt sich seit Langem dafür ein, dass „lebenslänglich“ auch wirklich lebenslänglich bedeutet oder die Hürden für eine Entlassung zumindest deutlich erhöht werden. Jeder Tag der Verzögerung ist ein Tag zu viel für die heutige Kuscheljustiz.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

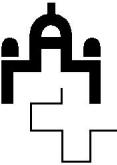
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Frühlingssession 2026: 2. – 20. März 2026**
- **Sommersession: 1. – 19. Juni 2026**
- **Herbstsession: 14. September – 2. Oktober 2026**
- **Wintersession: 30. November – 18. Dezember 2026**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

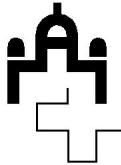
- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Abstimmungsvorlagen vom Sonntag, 8. März 2026

- Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» **Stimmfreigabe**
- Direkter Gegenentwurf: Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung **JA**
- Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» **JA**
- Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» **NEIN**
- Bundesgesetz über die Individualbesteuerung **NEIN**



In den nächsten zwei Jahren kommen zahlreiche wichtige Vorlagen vors Volk (NB: Zeitplan nicht bestätigt)

14. Juni 2026

- **Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» (25.026)**
- Referendum Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG) (25.033)

27. September 2026

- Referendum Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt, EP 27 (25.063)
- Wird wohl zurückgezogen, falls Nein zur Individualbesteuerung am 8. März 2026: Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)» (24.026)
- **Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» und direkter Gegenentwurf (24.092)**
- Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» (25.067)
- Volksinitiative «Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)» (24.058) – Indirekter Gegenentwurf tritt in Kraft, falls Volksinitiative abgelehnt wird
- Ev. Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (24.073)
- Ev. Referendum «Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Anpassung der Hinterlassenenrenten)» (24.078)

29. November 2026

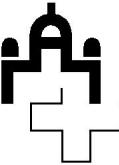
- Referendum Kriegsmaterialgesetz (25.024)
- Falls Nein zur Individualbesteuerung am 8. März 2026: **Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» (25.018)**
- Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» (25.059) – Indirekter Gegenentwurf tritt in Kraft, falls Volksinitiative abgelehnt wird
- Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» (24.080) – Indirekter Gegenentwurf tritt in Kraft, falls Volksinitiative abgelehnt wird
- Volksinitiative «Ja zum Importverbot für Stopfleber (Stopfleber-Initiative)» (24.089) – Indirekter Gegenentwurf tritt in Kraft, falls Volksinitiative abgelehnt wird

28. Februar 2027

- Referendum Mercosur-Freihandelsabkommen
- Referendum gegen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» (25.068)
- **Volksinitiative «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» (25.035)**
- Volksinitiative «Ja zur tierversuchsfreien Zukunft» (25.078)
- Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» (25.081)

6. Juni 2027

- Ev. Kompass-Initiative «Für eine direktdemokratische und wettbewerbsfähige Schweiz – keine EU-Passivmitgliedschaft»
- Ev. **EU-Unterwerfungsvertrag (Paket Schweiz-EU)**
- Zudem: Obenstehend aufgeführte Vorlagen, bei denen es zu Verzögerungen bei der parlamentarischen Beratung kam.



Haben Sie Fragen?